Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 14. November 1998 **109. Jahrgang Nr. 31.171**

Selbstverpflichtung Argentiniens

4. UN-Klimakonferenz in Buenos Aires brachte wenig Fortschritt

Präsident Carlos Menem hat auf der in der Nacht zum Samstag zu Ende gegangenen 4. UN-Klimakonferenz eine freiwillige Selbstverpflichtung Argentiniens zur Reduktion der Treibhausgasemissionen angekündigt. „Wir dürfen die Warnungen des Hurrikans Mitch mit Tausenden von Todesopfern nicht ignorieren. Im Zeitalter der Globalisierung muss sauberes Wirtschaftswachstum das Ziel sein“, sagte Menem am Mittwoch vor den Delegierten der 169 Staaten. „Nicht nur die Industrieländer sind in der Lage, ein Umdenken einzuleiten. Auch die Entwicklungsländer stehen in der Verantwortung, diese Herausforderung des 21. Jahrhunderts anzunehmen“, erklärte der Präsident.

Die Reduktionsziele sollen in einer „nationalen Diskussion“ noch vor Beginn der Nachfolgekonferenz von Buenos Aires im nächsten Jahr ausgearbeitet werden. Auf dieser Konferenz werde Argentinien seine Verpflichtungen für den Zeitraum von 2008-2012 bekanntgeben. „Das ist ein Durchbruch“, sagte US-Delegationsleiter Stuart Eizenstat zu der Ankündigung Menems und bezeichnete die Entscheidung als „historisch“. Auf der 12tägigen Konferenz in Buenos Aires berieten Vertreter der 169 Staaten darüber, wie das Klimaschutzprotokoll von Kyoto in die Tat umgesetzt werden kann. Dort hatten sich die Industriestaaten im Dezember 1997 verpflichtet, ihre Kohlendioxidemissionen um durchschnittlich 5,2 Prozent im Vergleich zu 1990 zu reduzieren. Jedoch erst zwei Staaten, die Fidschi-Inseln und Antigua in der Karibik, haben das Abkommen durch Ratifizierung zu nationalem Gesetz gemacht.

Nach der Ankündigung Menems hatten die USA als 60. Land am Donnerstag das Protokoll unterzeichnet. „Wichtige Entwicklungsländer müssten an der Eindämmung des Treibhausefektes beteiligt werden, unterstrich Eizenstat in Buenos Aires die US-Forderung, das Protokoll letztlich im Senat erst dann zum Gesezt zu machen, wenn sich auch Entwicklungsländer an Klimaschutzmassnahmen beteiligen. Brasilien, Indien und China lehnen dies aber aus Angst um den wirtschaftlichen Aufschwung ab. Die USA wollen darüber hinaus einen möglichst schnellen und ungebremsten Handel mit Emissions-Zertifikaten erreichen.

Die Europäische Union hingegen strebt eine Begrenzung dieses Handels an und fordert, dass heimischen Reduktionen Vorrang vor Emissionshandel und Technologie-Transfer in Entwicklungsländern eingeräumt werden müsse. „Nationale Massnahmen müssen das Hauptmittel zur Erfüllung der Verpflichtungen der Industrieländer sein“, sagte Bundesumweltminister Jürgen Trittin (Grüne) bei seiner Rede vor den Delegierten. Um die verhärteten Fronten aufzubrechen beriet ein 33 Vertreter starker Beraterzirkel mit der Konferenzpräsidentin María Julia Alsogaray. Nach dieser Sitzung zeichnete sich gestern doch noch eine Verhandlungslösung ab. „Es scheint so, dass es einen vernünftigen Arbeitsplan zur Umsetzung des Kyoto-Protokolls geben wird“, sagte Trittin, der dem Beratezirkel angehörte. Konsenspunkte seien der Technologie-Transfer und Massnahmen bei der Entwicklungszusammenarbeit. Dieser Arbeitsplan soll in den kommenden zwei Jahren mit einem genauen Regelkatalog versehen werden. Die politische Entscheidung soll dann bei der 6. UN-Klimakonferenz im Jahr 2000 treffen.

Menems Audienz beim Papst

Ein Frühstück mit dem neuen Premier und 18 Loch Golf

Der Kurzbesuch von Präsident Carlos Menem in der italienischen Hauptstadt war in erster Linie zwei Zusammenkünften mit Papst Johannes Paul II. gewidmet, wenn auch daneben ein Frühstück mit dem neuen Premierminister Italiens, Massimo D’Alema, auf dem Programm stand. Während der Donnerstag vornehmlich dem Golfspiel gewidmet war und Menem am Abend mit einigen argentinischen Bischöfen unter Führung von Monsignore Emilio Ogñenovich zusammentraf, war der Freitag dann zur Gänze mit offiziellen Verpflichtungen gefüllt.

Um 8.30 Uhr frühstückte er mit D’ Alema im Hotel Exelsior. Gesprächsthema war dabei der sogenannte „Dritte Weg“, zu deren bedeutendsten Verfechtern der Premier gehört. Danach wurde Menem um 11.00 Uhr in einer Privataudienz von Papst Johannes Paul II. empfangen. Ein Gespräch mit dem Staatssekretär des Vatikan, Kardinal Angelo Sodano, folgte. Danach stand ein Essen mit dem Kardinal in der argentinischen Vertretung beim Heiligen Stuhl auf dem Programm. Am Nachmittag fand dann in der Argentinischen Nationalkirche eine Messe statt, die vom Papst selbst gelesen wurde. Von dieser religiösen Zeremonie sagte Menem vor Journalisten, „sie sei ein Beweis mehr für die überaus grosse Liebe, die der Heilige Vater für unser Land empfinde“. Andererseits unterstrich der Präsident, dass die Beziehungen Argentiniens zum Vatikan aussergewöhnlich gut seien. Abends um 19.00 trat Menem mit seiner Begleitung den Rückflug an.

Gleichzeitig mit Menem hielten sich der Episkopatsvorsitzende Monsignore Estanislao Karlic, Kardinal Raúl Primatesta und eine Delegation von Gewerkschaftern und Unternehmern in Rom auf, die beabsichtigten, eine Audienz beim Papst zu erwirken, um ihm ihre Sicht der kritischen sozialen Situation in Argentinien darzulegen.

Menems Brief an die Kelpers

Gute Aufnahme auf den Malwinen

In der Freitagausgabe der Inselzeitung Penguin News druckte das Blatt einen „Offenen Brief“ Menems, der von der Mehrheit der Inselräte gut aufgenommen wurde. Gleichwohl betonten die Kelpers neuerlich die Verteidigung des Prinzips der „Selbstbestimmung“ und so den Verbleib unter der Ägide Grossbritanniens. In der Botschaft an die Inselbewohner, die Menem mit „Schwester und Brüder“ überschrieb, hiess es unter anderem: „Unmittelbar nach meiner Rückkehr von meinem Besuch in Grossbritannien empfinde ich die Notwendigkeit, mich mit Ihnen in Verbindung zu setzen. Wie Sie wissen, traf ich mit Ihrer Majestät, Königin Elizabeth II., Premierminister Tony Blair, vielen Mitgliedern des Parlaments und Repräsentanten der Regierung, vielen Geschäftsleuten und Journalisten zusammen.“ Nach einem Hinweis auf den Geist der Versöhnung als Inspiration für die Reise heisst es weiter: „Die ergreifende Zeremonie in der Saint Pauls-Kathedrale, mit Kriegsteilnehmern beider Seiten war dann das klarste und hoffnungsvollste Symbol dafür, dass aus den offenen Wunden und dem Schmerz (nach dem Krieg von 1982) Freundschaft und gegenseitiger Respekt geworden sind. Die öffentliche Meinung und die britische Regierung haben die Geste Argentiniens als Freund des Friedens ganz klar erkannt, eines Landes, das in Demokratie wächst und ein vertrauenswürdiger brüderlicher Sozius für seine Nachbarn in der Region ist. Ich selbst glaube, frei nach Martin Fierro, dass dieser Besuch niemandem schaden und allen nur nützen wird. Wenn der gute Wille, der gesunde Menschenverstand und die nüchterne Überlegung vorherrschen, gewinnen wir alle, (...) und dann wird es möglich sein, Lösungen für Probleme der Vergangenheit zu finden, während wir uns vorbereiten, um uns einer besseren Zukunft für alle zu stellen.“

Senatorensitze im Machtkampf

Seit 1983 beherrscht die Justizialistische Partei den nationalen Senat mit eigener Mehrheit. Sofern die Senatoren zu den Sitzungen erscheinen, ist die Beschlussfähigkeit gesichert und die Gesetzesvorlagen können verabschiedet werden. Gesetze, die der Partei missfallen, können verhindert werden. Gewisse Ernennungen (Spitzenoffiziere, Richter, Botschafter und Gesandte) werden vom Senat abgesegnet, so dass die eigene Mehrheit diesbezüglich die politische Personalpolitik der Regierungspartei gutheisst. Ausserdem wirkt der Senat auch als Gerichtshof letzter Instanz bei politischen Prozessen gegen Richter, Minister und Parlamentarier, wofür freilich zwei Drittel der Stimmen erforderlich sind, die die Justizialisten nicht aufbringen, ebensowenig für die Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung, für die zwei Drittel der Mitglieder erforderlich sind.

Die Verfassungsnovelle von 1994 hatte als Pfand für die Wiederwahl Präsident Menems den dritten Senator aufgenommen. Traditionell vertreten nur zwei Senatoren jeden Gliedstaat wie in den Vereinigten Staaten und der Schweiz. Der dritte Senator für die jeweilige Minderheit wurde in die Verfassungsnovelle von 1972 eingeführt, die jedoch nach acht Jahren erlosch. Sie war von einer Militärregierung verabschiedet worden und hätte durch eine Konstituante ratifiziert werden sollen, die nie einberufen wurde.

Für die oppositionellen Radikalen war der dritte Senator ein gefundenes Fressen. Ihr damaliger Stimmenschwund musste sie unweigerlich um die vorherige Vertretung im Senat bringen, weshalb ihre Politiker den dritten Senator im Techtelmechtel mit Präsident Menem forderten und durchsetzten. Es ging dabei hauptsächlich um Postenreiterei.

Laut Verfassungsnovelle von 1994 schlagen die politischen Parteien die Kandidaten für den dritten Senator vor, der je nach Sitzen in den Legislativen der Gliedstaaten die Mehrheit oder die Minderheit vertritt, indem zwei Senatoren für die Mehrheit bzw. erste Minderheit und einer für die Minderheit bzw. zweite Minderheit bestellt werden. Dieses System gilt nur bis 2001, ab welchem Jahr die Senatoren direkt vom Volk in jedem Gliedstaat gewählt werden, indem ebenfalls zwei bzw. einer gekürt werden, allerdings im gleichen Wahlgang. Das künftige Wahlsystem ist denkbar einfach, anders als das jetzige Übergangssystem, das für die letzten drei Jahre ab 10. Dezember 1998 gilt. Die Ernennung der dritten Senatoren hat längst in mehreren Provinzen zu Machtkämpfen geführt. So wurden gegebenenfalls neue Allianzen in den Legislativen gebildet, um die jeweilige Mehrheitsfraktion zu überstimmen. Oder es wurde die Beschlussfähigkeit verhindert, damit die Legislative den von ihr gewünschten Kandidaten nicht aufstellen kann. Der nationale Senat, dem die Feststellung der legitimen Ernennungsurkunde zusteht, interpretiert die jeweiligen Mehrheitsverhältnisse in den Legislativen nach eigenem Gutdünken und kümmert sich gegebenenfalls nicht um sie, wenn keine Sitzungen zustande kommen, so dass der Senat selber die Kandidaten anerkennt, die die befreundeten politischen Parteien postuliert haben.

Mehrmals in den letzten Jahren hat es heftige Dispute um den dritten Senator gegeben, die in den Legislativen der betreffenden Provinzen entbrannten. Im Fall Catamarca warten die Kandidaten der dortigen Allianz der Radikalen mit Provinzparteien und einer Fraktion der Justizialisten seit drei Jahren auf ihre Anerkennung durch den Senat, weil die Legislative keine klaren Entscheidungen trifft und vor allem Exgouverneur Ramón Saadi (PJ) auf Widerstand stösst. Sogar Vizepräsident Carlos Ruckauf (PJ) weigerte sich, seinen Parteikollegen aus Catamarca zu vereidigen. Deshalb muss der Radikale Oscar Castillo, zudem Sohn des Gouverneurs, auch warten.

Die jüngsten Streitigkeiten entbrannten in Jujuy, Chaco und Corrientes. In Jujuy erkannte der Senat den bisherigen Inhaber des Sitzes Alberto Tell an, obwohl die Partei (PJ) einen Schwager des Gouverneurs postuliert hatte. Der Streit verhallte innerhalb der Partei.

In Chaco akzeptierte der Senat den Justizialisten Hugo Sager anstelle des Radikalen Carlos Pavicich, indem die Mehrheitsverhältnisse manipuliert wurden. Die dort regierende Allianz hat 15 Parlamentarier und stellt die erste Minderheit dar. Der Senat interpretierte jedoch, dass fünf Radikale vor der Bildung der Allianz gewählt worden seien, so dass letzterer nur 10 Sitze zugeschrieben wurden. Nach dieser eigenartigen Mathematik gebührt den Justizialisten mit 13 Sitzen die erste Minderheit und der fällige Senatorensitz in der Person des jetzigen Senators Hugo Sager.

Genauso skandalös war die Ernennung des Justizialisten Rubén Pruyas in Corrientes anstelle des Liberalen Carlos Tomasella, weil der Justizialistischen Partei mit 10 Sitzen die erste Minderheit angerechnet wurde, nachdem sich die mehrheitliche Allianz der Autonomisten und Liberalen gespalten hatte, so dass keine der Nachfolgeparteien mehr Sitze als die Justizialisten besassen. Die Spaltung beruht auf einem Bruderstreit zwischen Juan Antonio Romero Feris, seinerzeit Gouverneur und gegenwärtig Senator, sowie Raúl „Tato“ Romero Feris, auch gewesener Gouverneur und jetzt Bürgermeister der Provinzhauptstadt. Letzterer macht gemeinsame Sache mit den Justizialisten, zumal in Allianz mit Präsident Menem. Die Legislative brachte kein Quorum zustande, der Wahlrichter billigte den Liberalen und der Senat setzte sich mit einer deutlichen Rechtsbeugung über das Provinzparlament und die Wahljustiz hinweg.

In Protest gegen diese Ernennungen wollen die Radikalen die Gesetze aberkennen, die mit den Stimmen beider Senatoren aus Chaco und Corrientes verabschiedet werden. Das erzürnte Vizepräsident Ruckauf, der eine Gefahr für die Rechtssicherheit wittert. Oppositionspolitiker und Presse haben die Ernennungen heftigst kritisiert, darunter auch als angeblichen juristischen Staatsstreich, als ob es so etwas geben könnte. In der Bundeshauptstadt kann sich dieses Machtspiel wiederholen, wenn demnächst der Sitz des Senators Pacho 0‘Donell (PJ) mit einem Justizialisten bestellt wird, obwohl die Allianz als Mehrheitskoalition den dritten Senator für sich beanspruchen darf.

Es geht in diesen Streitigkeiten über die Senatorenmandate um die eigene Mehrheit der Justizialisten im Oberhaus. Sie beträgt gegenwärtig 37 Sitze, genau die Hälfte plus einem von 72 Senatoren. Nachdem der justizialistische Senator von Chubut durch einen Radikalen ersetzt wurde, der verfassungstreu ernannt worden war, hiesse ein weiterer Sitzverlust, dass die eigene Mehrheit der Justizialisten nicht mehr bestünde. Deshalb wurde die Verfassung manipuliert, damit die Senatoren der Provinzen Chaco und Corrientes parteieigen seien. Corrientes ersetzt Chubut, Chaco bleibt beim gleichen Senator.

Mit der eigenen Mehrheit schickt sich die Regierung an, ihr letztes Amtsjahr dank Rückendeckung im Oberhaus zu bewältigen. Gegebenenfalls, sollte die oppositionelle Allianz im Oktober 1999 siegen, wäre der Senat das justizialistische Machtreservoir, das allerlei Verhandlungen und Kompromisse mit der Exekutive und der Deputiertenkammer zwecks Ernennungen und Verabschiedung von Gesetzen ermöglicht. Dieses Szenarium gilt insbesonders, wenn Carlos Menem als Parteichef der Justizialisten automatisch als Oppositionsführer agiert, sofern der PJ-Kandidat, möglicherweise Gouverneur Eduardo Duhalde, die Wahl nicht gewinnt. Dieser politische Zweck heiligt offenbar rechtsbeugende Mittel, frei nach Machiavelli.

Oppositionsoffensive für Senatoren

Oberster Gerichtshof soll die PJ-Manöver abblocken

Die Opposition hat am Dienstag mit ihren Einsprüchen beim Obersten Gerichtshof begonnen. Um jeden Preis soll verhindert werden, dass die zwei widerrechtlich vom PJ designierten Senatoren ihre Ämter antreten. Es ist jedenfalls ein Rennen gegen die Uhr, da der vorgesehene Termin für ihre Vereidigung in zwei Wochen ansteht, das heisst in der letzten ordentlichen Senatssitzung des Jahres. Die beiden neuen Mitglieder der Kammer sollen am 10. Dezember ihre Sitze einnehmen.Der erste Einspruch erfolgte durch die Partei Pacto Autonomista Liberal von Corrientes, der der zum Vorteil des Peronisten Rubén Pruyas eroberte Sitz gehört. Am Tag danach folgte der Gouverneur der Provinz Chaco, der Radikale Angel Rozas, hinsichtlich des Sitzes, den der Justizialist Hugo Sager besetzen soll.Die Opposition will erreichen, dass der Gerichtshof ihre Vereidigung zunächts einmal verhindert und dadurch auch ihre Amtsübernahme. Dies soll noch vor einer detaillierten Äusserung des Gerichtshofes über das grundsätzliche Problem geschehen. In der Sache geht es darum, dass der PJ entgegen der Verfassung von zwei Senatssitzen für den Chaco und Corrientes Besitz ergreift, die der jeweiligen Mehrheit in beiden Provinzen zustehen. Im Chaco verlor der Peronismus die drei letzten Wahlen und in Corrientes konnte er seit 1973 keine Wahl mehr gewinnen.Hinter dem Manöver stand der Menemismus, während der Duhaldismus stillschweigend Schützenhilfe leistete. Gouverneur Eduardo Duhalde hat sich bisher zu der Grundsatzfrage des Konfliktes nicht geäussert und zog es vor, sich von der Auseinandersetzung zu distanzieren, indem er das „präpotente Verhalten“ von PJ und UCR in Frage stellte.Nach der Niederlage im Senat, wo der PJ die Hälfte und eine aller Stimmen hat, haben nun die Mitglieder der Opposition die Justiz angerufen. Der Gerichtshof hat nun zwei Optionen:

- Er kann den Einsprüchen stattgeben, die Vereidigung der strittigen Senatoren, bis er sich zur Grundfrage geäussert hat.
- Er kann aber auch feststellen, dass dies keine „justitiable“ Angelegenheit sei, weil sie das Problem einer anderen Gewalt, nämlich der Legislativgewalt, ist.

In beiden Fällen wird der Gerichtshof wie bei anderen Gelegenheiten das Ziel von Kritiken sein. Lehnt er ab, wird man ihm Regierungsabhängigkeit vorwerfen, erklärt er sich jedoch einverstanden, beweist er, dass die Senatoren des PJ ihre Sitze unrechtmässig erobert haben.

Kontinentaleisabkommen vor dem Abschluss

Ankündigung Guido Di Tellas nach Treffen mit Chiles Botschafter

Die Regierungen von Argentinien und Chile sollen umgehend zu einer Einigung hinsichtlich der strittigen Zone des Kontinentaleises gelangen, wie am Mittwoch Aussenminister Guido Di Tella bekanntgab. Di Tella schloss nicht aus, dass ein neues Abkommen von Präsident Carlos Menem und seinem chilenischen Amtskollegen Eduardo Frei im Vatikan und in Anwesenheit von Papst Johannes Paul II. unterzeichnet werden könnte.

„Die Gespräche beider Länder in der Materie sind weit fortgeschritten und wir stehen in der Endphase“, versicherte der Aussenminister im Rahmen einer Pressekonferenz nach einem Treffen mit dem chilenischen Botschafter in Argentinien, Edmundo Pérez Yoma. Di Tella vermied es auf Einzelheiten des vor dem Abschluss stehenden Abkommens einzugehen, räumte jedoch ein, dass es ein Abrücken von der Vereinbarung von 1991 darstelle, die historischen, bereits vorher unterzeichneten Vereinbarungen jedoch respektieren und auf Beiträgen von argentinischen und chilenischen Fachleuten beruhen werde.

Di Tella wies ausdrücklich darauf hin, dass alle Beteiligten in Hochstimmung darüber seien, dass die jetzt erreichte Lösung die Zustimmung beider Kongresse haben werde und auch der Mehrheit der öffentlichen Meinung. Die Verzögerung von sieben Jahren habe sich gelohnt, weil dieser Konsens einen aussergewöhnlichen Wert haben werde.

Pérez Yoma, der an der Pressekonferenz teilnahm, versicherte, es werde in Kürze ein Resultat geben, da nur noch einige politische Konsultationen im Parlament seines Landes fehlten. Nach ihrem Gespräch und nach der Pressekonferenz trafen sich Pérez Yoma und Di Tella mit dem chilenischen Präsidenten Eduardo Frei in Ezeiza, der seinen Flug nach Südafrika und Malaysia unterbrochen hatte, um sich über den Fortschritt der Gespräche berichten zu lassen. Frei musste auf Grund einer anonymen Bombenwarnung seinen vorgesehenen Aufenthalt in Ezeiza erheblich ausdehnen.

Shopping der Superlative: Abasto

Grösstes Geschäftszentrum der Stadt Fünf Stockwerke und 230 Lokale

Entsprechend den Dimensionen war das Aufsehen, mit dem am Montag die offizielle Eröffnung des Shoppingcenters Abasto stattfand, des grössten in der Stadt. Für manche mit Erinnerungen an den alten Grossmarkt verbunden, für die meisten aber ein aussergewöhnlicher Wechsel im Image des ehemaligen Tango-Viertels. An der Eröffnung nahmen rund 10.000 Personen teil, was in etwa die Ausmasse des Geschäftszentrums der Superlative veranschaulicht.

Mit 230 Geschäftslokalen, zwölf Kinos, Spieleinrichtungen, einem Museum und einem überdachten Platz umfasst die neue Errungenschaft der Stadt über fünf Stockwerke verteilte 120.000 Quadratmeter. Der genannte Platz mit 3000 Quadratmetern wird von einer Glaskuppel mit 2500 Quadratmetern überdacht, der grössten in Südamerika. Im Essbereich können gleichzeitig 1000 Personen bedient werden. Dazu existieren Parkmöglichkeiten für 1300 Fahrzeuge. Die kleine Stadt in der Stadt verfügt über eine eigene U-Bahnstation, eine Bank, Apotheke, Friseur, Bräunungszentrum mit Sonnenbänken, Fitnesszenter zum Abspecken und Vergnügungspark. In den Bau wurden 120 Millionen Dollar investiert und man hofft, dass täglich 100.000 Menschen das Shopping Abasto besuchen werden. Gerechnet wird mit einer jährlichen Einnahme von 300 Millionen.

Gemäss der Bedeutung des Ereignisses waren Präsident Carlos Menem, der Chef der Stadtregierung Fernando de la Rúa, der Generalsekretär des Präsidialamtes Alberto Kohan und Verteidigungsminister Jorge Domínguez erschienen, die von IRSA-Präsident Eduardo Elsztain begrüsst wurden. Elsztain ist sozusagen der hiesige Vertreter des aus Ungarn stammenden US-Magnaten George Soros, der mit Ausnahme des Solar de la Abadía alle Shoppings in der Stadt kontrolliert.

Schutz für gefährdete Zeugen

Die gefährdeten Zeugen in Justizverfahren werden in Zukunft Personenschutz erhalten. Seit Mittwoch können die Staatsanwälte der bonaerenser Justiz diesen Schutz beantragen, wenn sie dies für die Sicherheit der Zeugen als notwendig erachten. Die Aufnahme dieser neuen Prozessfigur erfolgte mittels einer Resolution des Generalstaatsanwaltes am Obersten Gerichtshof, Matías de la Cruz. Vorgesehen ist dabei etwa die Überführung an einen geheimen Ort oder andere Massnahmen zum Schutz des Zeugen oder seiner Familienangehörigen. Die wichtige Frage der Finanzierung derartiger Massnahmen wurde ebenfalls berücksichtigt. Die Staatsanwaltschaft erhält dafür einen eigenen Haushalt. Der Antrag wird die Unterschrift des Kammeranwalts des jeweiligen Departamentos tragen. Wie verlautet, soll das bonaerenser Zeugenschutzsystem ähnlich dem der USA sein. Die Provinzpolizei trägt die technischen Mittel und die erforderliche Logistik für den Personenschutz von Opfern oder Zeugen schwerer Verbrechen oder Vorgängen bei, in die kriminelle Organisationen verwickelt sind.

Keine Untersuchung gegen de la Rúa

Aber „Schlammschlacht“ Regierung vs. Opposition geht weiter

Nach dem Sturm und den gegenseitigen Drohungen mit Untersuchungen wegen angeblicher Korruption hat Präsident Carlos Menem am Montag abend den Chef der Stadtregierung Fernando de la Rúa zu seiner Unterstützung für den Bau des Shopping Abasto beglückwünscht. „Ich beglückwünsche ihn dazu, dass er die Notwendigkeit einer Unterstützung dieses Unternehmens erkannt hat“, erklärte Menem bei der Eröffnung des Geschäftszentrums neben de la Rúa stehend.

Es war am Ende eines Tages, an dem sich die Regierung und die Allianz aus UCR und Frepaso neuerlich gegenseitig Korruption vorgeworfen hatten, wenn auch mit neuen Untertönen. Sehr früh hatte etwa Innenminister Carlos Corach versichert, es gebe keine Absicht, eine Untersuchung gegen Fernando de la Rúa zu veranlassen, wie dies Menem angedeutet habe. „Menem hat dies nicht gesagt und wird dies auch nicht tun“, versicherte Corach, der durchblicken liess, dass die Warnungen der Opposition hinsichtlich einer möglichen Untersuchung gegen Menem nach Beendigung seiner Amtszeit nicht mehr als Teil einer Serie von Alarmrufen de la Rúas und Fernández Meijide inmitten der Kampagne für die Allianz-Kandidatur seien.

Die Polemik wurde am Donnerstag der vergangenen Woche neu belebt, als die Frepaso-Abgeordnete erklärte, „die Peronisten sind grössere Übeltäter als wir“. Menem reagierte umgehend: „Übeltäter sind die von der Allianz.“ Dann aber stürzte sich Fernando de la Rúa in die „Schlacht“ und gab bekannt, dass eine zukünftige Untersuchung gegen Menem nicht ausgeschlossen werden könne. Unwirsche Reaktion Menems: Gegen den radikalen Kandidaten müsse ebenfalls eine Untersuchung eingeleitet werden. In diesem Rahmen ging die Diskussion am Montag weiter. De la Rúa ging in die Defensive: „Alle wissen, wie ich arbeite. In dieser Amtsführung ist alles transparent. Wir haben 1500 Anzeigen erstattet, führen 1300 Prozesse und haben 70 Beamte wegen Korruptionshandlungen ihres Amtes enthoben.“

Doch unmittelbar kam der Gegenschlag. In einem Gespräch mit Radio Continental nämlich erklärte der Stadtregierungschef: „Im politischen Leben der Republik darf es für niemand Pakte über Straffreiheit geben“ und „niemand ist vor dem Gesetz ausgeschlossen“, womit er jeden Zweifel darüber ausräumte, dass er Korruptionsvorgänge bestrafen werde, wenn er 1999 Präsident wird. De la Rúa hielt derart ein Gleichgewicht zwischen der einerseits von ihm gewünschten landesweiten Ausstrahlung hinsichtlich seiner fleckenlosen Amtsführung und dem Anspruch eines Menemismuskritikers aufrecht. Letzteres ist allerdings mehr die Stärke des Frepaso.

Fernández Meijide erklärte dazu am Montag, das Vorgehen von de la Rúa zur Erreichung einer Rechnungsoffenlegung der Regierung freue sie. Gleichzeitig aber liess sie keinerlei Zweifel über ihre unterschiedliche Auffassungen: „Hinsichtlich zukünftiger Untersuchungen gehe ich, da dies einfach auf der Hand liegt, auch von Untersuchungen in der Stadtverwaltung aus und da den Amtsführungen von Bouer, Domínguez ... Die Botschaft bei einem Regierungswechsel müsste sein: Das Kassieren von Bestechungsgeldern ist zu Ende.“

Das Thema der Bestechungen bei ganz bestimmten Anträgen in der Stadtregierung hat De la Rúa mehrfach Kopfschmerzen bereitet. Der aufsehenerregendste Fall war der des Generalnotars Jorge Gómez, dem vorgeworfen wurde, für die Zulassung einer Fabrik 90.000 Pesos Bestechungsgeld verlangt zu haben. Die Justiz untersucht seither, ob in der städtischen Bürokratie ein Korruptionsnetz existiert.

Der Generalsekretär des Präsidialamtes Alberto Kohan seinerseits forderte die Leute von der Allianz heraus, sie sollten die Beweise für die Korruption vorlegen, die sie anklagten. „Ich bedauere, dass die Regierung ständig diese systematische üble Nachrede ertragen muss“, stellte Kohan fest. Senator Eduardo Menem, Rechtsanwalt seines Bruders in der Untersuchung wegen „Wirtschaftsterrorismus“, die von den Militärs während ihrer letzten Regierung angestellt wurde, warnte: „Die Angriffe der Allianz tragen nicht zum demokratischen Klima bei.“ Der Senator fügte hinzu: „Die Allianz, und besonders der Frepaso, hat einen politischen Stil des Zusammenlebens zerstört, den wir seit der Wiedereinführung der Demokratie gepflegt haben.“

Die Stadt-UCR, deren Vorsitz Pedro Calvo innehat, übernahm am Montag die Idee einer Untersuchung gegen Menem. Der Chef der Kampagne der Radikalen, der Abgeordnete Rafael Pascual versicherte in diesem Zusammenhang: „Die im Senat geraubten Sitze stellen keinen traditionellen Staatsstreich dar, sondern vielmehr eine Arglist, um unbestraft davonzukommen.“

Wesentlich drastischer aber sah es der Frepaso-Vorsitzende Carlos „Chacho“ Alvarez und gab damit dem „Schlachtgeplänkel“ eine neue Dimension. Von Chubut aus liess er eine mehr als unglücklich gewählte Metapher ertönen. Da hörte man dann, „Menem ist die (Immunschwäche) AIDS der Gesellschaft“. Es ist schwer vorstellbar, wie die Rendite eines derartigen Aufwands an Herabwürdigung aussehen soll.

Bombenwarnung

Unbekannte Täter haben vor ein Gebäude, in dem Heereschef Generalleutnant Martín Balza 25 Jahre lebte, ein Stück Plastigsprengstoff in einem Kleiderbeutel gelegt. In dem Beutel befand sich eine abgebrannte Zündschnur und eine Stück Pappe, auf dem handschriftlich „ermordet“ vermerkt war. Wie verlautete, besteht kein Zweifel daran, dass Balza gemeint war. Ein Rätsel ist jedoch der Grund. Was die Täter nicht wussten ist, dass der General seit sieben Monaten nicht mehr dort wohnt.

DIE WOCHE IN ARGENTINIEN

Schweres Geschütz

Der sozialistische Frepaso-Abgeordnete Héctor Polino hat beschlossen, dem Antrag auf politischen Prozess gegen Präsident Carlos Menem, den er am 30. Mai 1994 stellte, einen neuen Vorwurf hinzuzufügen. Dabei dreht es sich um die „Drohung eine Untersuchung gegen Bundesstaatsanwalt Carlos Stornelli", der in dem Fall der illegalen Waffenverkäufe an Ecuador und Kroatien zwischen 1991 und 1995 ermittelt.

Vorkandidaten-kampagne

Der UCR-Bürgermeister-Vorkandidat in La Matanza, José de Miguel, begann seine Wahlkampagne mit einer Wanderung durch Ramos Mejía, um derart für die Präsidentschaftskandidatur Fernando de la Rúas und die Gouverneurskandidatur von Melchor Posse zu arbeiten. „Ich werde der Kandidat der Allianz für die Lenkung der Geschicke von La Matanza 1999 sein. Niemand und nichts wird mich davon abhalten", erklärte de Miguel.

Geld für die Damen

Weibliche Haushaltsvorstände können jetzt Kredite für den Ankauf von Wohnungseigentum in der Hauptstadt bekommen. Die Eröffnung der Kreditlinie bei Banco Ciudad erfolgte am Mittwoch durch den Chef der Stadtregierung Fernando de la Rúa. Die Kredithöhe reicht bis 60.000 Pesos. Finanziert wird bis zu 90 Prozent des Kaufpreises. Anträge können in den verschiedenen Centros de Gestión y Participación und der Dirección de la Mujer gestellt werden.

Wiederwahl I

Der Gouverneur von Formosa, Gildo Insfrán, wurde gemäss einer Entscheidung des Obersten Gerichtshofes der Provinz ermächtigt, sich für die Amtsperiode 1999-2003 zur Wiederwahl zu stellen. Der Gerichtshof urteilte am Dienstag, dass die Verfassung der Provinz Formosa „dem Bürger Gildo Insfrán die Befähigung, sich 1999 als Gouverneurskandidat zu bewerben, keinesfalls abspreche".

Wiederwahl II

Der Pionier für die neuerliche Wiederwahl von Präsident Carlos Menem, der Ultramenemist Roberto Fernández gibt sich nicht geschlagen. Am Dienstag erklärte Fernández: „Es ist für die Kandidatur Menems für ein drittes Mandat noch nicht alles verloren. Die führenden Politiker und der Mann von der Strasse können die Wiederwahl erzwingen."

Rentenerhöhungen

Vertreter von Graciela Fernández Meijide, Eduardo Duhalde, Fernando de la Rúa und Palito Ortega trafen sich am Dienstag, um einen Konsens für ein Projekt zu erreichen, dass eine Steigerung der Mindestrenten auf 300 Pesos vorsieht. Im Prinzip waren sich alle einig, das Projekt unterstützen zu wollen.

Matilde Menéndez

Die Bundeskammer ordnete am Dienstag die Einvernahme der Ex-Interventorin des Rentnersozialwerkes PAMI, Matilde Menéndez, wegen dringenden Verdachtes auf Verantwortlichkeit in der irregulären Gewährung von „Vorschüssen" an verschiedene Krankenhäuser und Sanatorien an. Bei den untersuchten zwölf Operationen geht es um mehr als 17 Millionen Pesos.

Radikalentreffen

Der Radikalismus veranstaltet am Dienstag der kommenden Woche ein Landestreffen in Córdoba in der Absicht, einen vom Präsidentschaftskandidaten Fernando de la Rúa angestrebten entscheidenden Wahldistrikt nicht zu vernachlässigen. An dem Parteigipfel nehmen neben de la Rúa der Ex-Präsident Raúl Alfonsín, der Gouverneur der Provinz und dortigen Parteivorsitzenden, Ramón Mestre und Senatoren und Abgeordnete teil.

Keine Gehaltszulage

Die Absicht, zur Erreichung einer Gehaltserhöhung für die Lehrer einen Fonds für die Bildungsfinanzierung zu schaffen, ist gescheitert. Das von den justizialischen Abgeordneten Mario Cafiero und Eduardo Mondino eingereichte Projekt wurde am Mittwoch zurückgezogen, nachdem die Allianz eine weitere Belastung des Benzins abgelehnt hatte. Die Abgabe sollte drei Centavos pro Liter „comun", vier Centavos pro Liter „super" und 4,5 pro Liter „gasoil" (Dieseltreibstoff) betragen.

Lehrer streikten

Die Lehrer in Buenos Aires, der Provinz Buenos Aires und 16 weiteren Provinzen, schlossen sich mit grosser Mehrheit dem Streik am Mittwoch an, zu dem die Lehrergewerkschaft Ctera (Confederación de Trabajadores de la Educación) aufgerufen hatte. Streikgrund war die Forderung nach Verabschiedung eines Finanzierungsgesetzes für den Sektor. Die Ctera-Forderung datiert vom 2. April 1997 an, dem Tag, an dem die Lehrer das weisse Zelt auf dem Kongressplatz installierten.

Randglossen

Auf der Umweltkonferenz von Buenos Aires kündigte Präsident Menem die Bereitschaft seiner Regierung an, sich für ein konkretes Ziel an Schadstoffemissionen einzusetzen. Die Industriestaaten hatten sich in Kyoto, Japan, wo die vorherige Umweltkonferenz tagte, auf konkrete Auflagen zur Eindämmung solcher Emissionen geeinigt, die freilich längst nicht in den einzelnen Ländern verbindlich umgesetzt worden sind. Argentinien ist nach der Ankündigung Menems das erste Schwellenland, das freiwillig bereit ist, solche Auflagen zu übernehmen, wofür freilich zuerst Untersuchungen durchgeführt werden sollen. Ob dabei etwas herausschaut, bleibt abzuwarten. Unterdessen heimste Menem einen Publikumserfolg ein. Politik muss sein.

Das heisse politische Eisen des kalten Kontinentaleises soll demnächst endgültig bereinigt werden, wenn man den Aussenministern Argentiniens und Chile Glauben schenkt. Eine neue Grenzziehung, die im argentinischen Kongress gutgeheissen wurde, soll die vorherige Vereinbarung, genannt „poligonal" ersetzen, die seit 1991 der Ratifizierung durch beide Kongresse harrt. Jetzt überlegen die Regierungen, wann und wo sie den neuen Vertrag unterzeichnen werden, der vorher von den Parlamenten abgesegnet sein soll, damit die Ratifizierung nicht wie bisher stecken bleibt. Wenn alles am Schnürchen abläuft, kann dieser letzte argentinisch-chilenische Grenzstreit endlich bereinigt werden. Das Kontinentaleis ruht in Südpatagonien, kann auch künftig von Touristen bewundert und von Abenteuern bewandert werden. Ende gut, alles gut.

SERVICIOS DIGITALES S.A.
ESPECIALISTA EN
Multimedia, Titulos CD-Rom, Presentaciones Interactivas, Documentos Electrónicos, Internet, Intranet y mucho más...
Corrientes 456 - P.16 - of.161- (1366) Bs. As.- Argentina
Tel/Fax: (54-1)393-8837/394-8298 - servicios@maus.com.ar

ADLER, HASENCLEVER Y ASOCIADOS
WIRTSCHAFTSPRUEFUNGS- UND STEUERBERATUNGSGESELLSCHAFT
UNTERNEHMENSBERATUNG
seit über 30 Jahren für mittelständische Unternehmen tätig
Member of TGI International
SAN MARTIN 575, 2º ST.
(1004) BUENOS AIRES
Tel: (00541) 393-6680
FAX: (00541) 325-6989
post@adlerhas. com.ar
www.adlerhas. com.ar

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Handelskonflikte mit Brasilien

Mehrere Konflikte belasten gegenwärtig die Verhandlungen zwischen Argentinien und Brasilien im Mercosur. Bisher konnte keine Einigung im Konzept über das künftige System für die Herstellung und die Importe von Kraftwagen ab 2000 erzielt werden. Brasilien besteht auf dem zollfreien Einheitsmarkt für Kraftwagen und Teile sowie Zubehör, wogegen Argentinien für seine Lieferanten eine Mindestgarantie von 50% Lokalanteil fordert. Ausserdem streiten die Lieferanten über den Zollsatz, der bei Kraftwagen 35% betragen soll, wogegen Teile mit weniger als 20% belastet werden. Hier haken die Stahlproduzenten ein, die ihren Zollschutz im Verhältnis zum Aussenzoll der Kraftwagen anheben wollen. Dieses komplizierte Zollproblem bleibt ungelöst.

Ebenso ungelöst ist der Zuckerstreit. Argentinien weigert sich auf Geheiss der Zuckerfabriken, den zollfreien Zugang brasilianischen Zuckers zu gestatten, weil dieses Produkt im Nachbarland indirekt subventioniert wird. Zucker wird in Brasilien als Nebenprodukt von Alkohol erzeugt, der steuerfrei als Kraftstoff beigemischt wird, woraus die Subvention abgeleitet wird. Brasilien bestreitet den Tatbestand und fordert zollfreien Zugang für Zucker in Argentinien, Paraguay und Uruguay. Der Konflikt ist eine indirekte Folge der weltweiten Zuckersubventionen, wie sie in USA, Japan und vor allem in der EU vorherrschen. Die EU subventioniert Zucker exporte mit 270%! Zucker wurde niemals im GATT liberalisiert, auch nicht in der Uruguay-Runde, die vorschrieb, dass Agrarsubventionen teilweise abzubauen sind. Gäbe es weltweiten freien Zuckerhandel ohne Subventionen wie in der EU und Brasilien und hohem Zollschutz wie in USA mit Importkontingenten und Japan, dann würden Argentinien und Brasilien sicherlich konkurrenzfähig bleiben und weniger effiziente Zuckerrohr- und Rübenbauer in Europa, USA und Japan verdrängen, ohne gegenseitig im Konflikt zu liegen.

Brasilien hat im Zuckerkonflikt erstmals ein Schiedsgericht beantragt, wie es im Mercosur seit den Abmachungen von Ouro Preto, Brasilien, Ende 1994 vereinbart worden war. Das gleiche Prozedere hat Argentinien in Bewegung gesetzt, nachdem die Verhandlungen über die brasilianischen Importlizenzen für etwa 2.000 Zollpositionen letzte Woche gescheitert sind. Es geht dabei um angebliche sanitäre Vorschriften, die mehrere brasilianische Staatsämter begutachten.

Solche Importlizenzen sind nicht automatisch, womit sie nur eine Verzögerung und eine Mühewaltung für die Importeure, aber keine Verhinderung der Exportgeschäfte bedeuten, sondern vielmehr dem guten Willen der jeweiligen Behörde unterworfen, was den Vereinbarungen und insbesondere dem Geist des gemeinsamen Marktes im Mercosur widerspricht. Sanitäre Vorschriften der Exportländer im Mercosur müssen von den Importländern akzeptiert werden. Brasilien macht keine Ausnahme zugunsten der Mercosur-Partner, weil es sonst in der Welthandelsorganisation (WHO) zu Genf als diskriminatorisch angezeigt werden würde. Die Schiedsrichter sollen gelegentlich beide Handelszank-äpfel regeln.

Bisher ist dieses Schlichtungsverfahren, das für die Partner verbindlich ist, noch nie beansprucht worden. Unterdessen blüht der Handel weiter, ohne dass konkrete Fälle einer Behinderung des Warentransports an brasilianischen Grenzposten verzeichnet worden wären.

Die argentinische Regierung trägt sich mit dem Gedanken, die Exporteure kraft einer Sonderversicherung schadlos zu halten, die hälftig von der Regierung und den Exporteuren zu finanzieren sei. Ob eine solche Versicherung überhaupt machbar ist, bleibt abzuwarten, ebenso wie teuer die Prämien wäre, die das rein politische Risiko der Importlizenzen Brasiliens abschätzen müssten.

Niedrigere Telefontarife

Bevor das staatliche Telefonunternehmen ENTel privatisiert wurde, wurden die Tarife stark erhöht, einfach, weil sie zu niedrig waren und die Kosten nicht deckten, was jahrelang durch unzureichende Wartung und Erneuerung des Systems vertuscht worden war. Bei der Übergabe an private Unternehmen, die im November 1990 erfolgte, wurde die gegebene Tarifstruktur als Ausgangspunkt genommen, wobei gleichzeitig vorgesehen wurde, dass die Struktur geändert würde, wobei das Gesamtergebnis einkommensmässig für die Unternehmen neutral sein sollte. Das wurde „rebalancing“ genannt und mit grosser Verzögerung vollzogen, nämlich 1997 statt wie vorgesehen 1992. Es gab allerlei Klagen vor Gericht und allerlei merkwürdige Richter, die über eine Angelegenheit urteilten, die ganz klar nicht judiziabel ist, wie es die Festsetzung der Telefontarife durch die Regierung ist. Die lokalen Gespräche wurden verteuert und die Ferngespräche stark verbilligt, wie es dem Stand der modernen Technologie entspricht, bei der die Entfernung immer weniger kostenerhöhend wirkt.

Gleichzeitig wurde ein Preissystem eingeführt, nach dem die Ausgangstarife auf der einen Seite jährlich gemäss dem Index der Konsumentenpreise in den USA erhöht wurden, und dann ab dem 4. Jahr jährlich um durchschnittlich 2% gesenkt wurden. Sollte es dann ab dem 7. Jahr eine Verlängerung um zwei weitere Jahre geben, wie es das Konzessionsdekret als Option für die Gesellschaften vorsah, dann betrug die jährliche Tarifverminderung 4%. Dieses System hat den Unternehmen einen grossen Anreiz gegeben, um die Effizienz zu erhöhen und die Kosten zu senken. Ein Teil dieser Senkung wurde auf diese Weise an die Konsumenten übertragen. Dieses System wurde zum ersten Mal in England bei der Telefonprivatisierung angewendet und hat sich dort gut bewährt, so dass es die Weltbank allgemein empfiehlt. Früher empfahl diese Bank bei öffentlichen Diensten ein System, nach dem die Tarife auf Kostenbasis plus eine bestimmte Rentabilität des Kapitals berechnet wurden. Das hat jedoch oft dazu geführt, dass die Konzessionäre sich nicht um Kostensenkungen bemühten, da sie dabei auch nicht mehr verdient hätten.

Die Tarifsenkung, die jetzt erfolgte, ist jedoch nicht gleichmässig. Die zuständige Behörde, geleitet von Germán Kammerath, hat unterschiedliche Senkungen vorgenommen. Bei Telecom wurden die Gespräche von 30 bis 55 Km. um 19% verbilligt, von 55 bis 110 Km. um 16%, von 170 bis 240 Km. um 10% und über 240 Km. um 11%. Die internationalen Verbindungen wurden bis zu 63% herabgesetzt. Lokalverbindungen und solche bei Entfernungen von 110 auf 170 Km. blieben unverändert. Bei Telefónica waren die Tarifherabsetzungen anders, von 9% bis 19% bei Fernverbindungen und von 16% bis 61% bei Gesprächen mit anderen Ländern. Vorher hatten die Gesellschaften schon Rabatte für Nachtgespräche u.a. freiwillig eingeführt, aus komerziellen Gründen. Ausserdem wurde in den letzten Jahren die Gebühr für einen neuen Telefonanschluss drastisch gesenkt und gelegentlich sogar ganz abgeschafft. Das ist eine Folge der Marktlage; von einer Mangelsituation, bei der mindestens eine Million Telefonanschlüsse fehlten, sind wird jetzt in eine Überschusslage geraten, bei der die Gesellschaften sich um neue Kunden bemühen und z.B. einen zweiten Telefonanschluss ohne Einrichtungsgebühr anbieten. Auf alle Fälle sind die Tarife, schon vor dieser Verringerung, bezogen auf die Qualität des Dienstes, geringer als während der staatlichen Verwaltung. Denn jetzt zahlt man für einen hervorragenden Dienst, während man früher für eine ausgesprochen schlechten zahlte.

Im November 1999 läuft die verlängerte Exklusivitätsperiode ab, so dass es dann Konkurrenz gibt. Die Regierung hat vier Unternehmen zugelassen: Telecom, Telefónica de Argentina, Movicom und CTI, die den allgemeinen Dienst versorgen dürfen, also feste Telefonverbindungen mit Kabeln einrichten dürfen, auch im Konzessionsgebiet von Telecom und Telefónica. Ausserdem gibt es noch andere Unternehmen, die Mobiltelefonie betreiben (Miniphon), wobei gelegentlich noch die ausstehende Entscheidung über das System PCS gefällt werden muss, bei der es um ein

Mobiltelefonnetz auf einer anderen Frequenz geht, das jedoch praktisch den gleichen Dienst leistet. Hinzu kommen noch die „Pagers“ oder „Beepers“, die kleine Geräte sind, die eine Person mit sich trägt, die melden, wenn jemand sich mit ihnen verbinden will. Ob Nachfrage für so viele Telefondienste besteht, ist fragwürdig. Argentinien ist von einem Extrem ins andere übergegangen, scheint sich als Gesellschaft und Regierung jedoch nicht der Tatsache bewusst zu sein, das dem so ist.

Es wird damit gerechnet, dass die Tarife für Ferngespräche, vor allem die internationalen, noch weiter sinken werden, weil es hier echte Konkurrenz geben wird. Aber bei den lokalen Gesprächen ist zunächst kaum eine spürbare Tarifsenkung zu erwarten, weil hier die Konkurrenz beschränkt ist. Obwohl ein Telefonunternehmen dann befugt ist, den Dienst auf das Gebiet des anderen auszuweiten, ist dies in der Praxis sehr kostspielig und dürfte daher unterlassen werden.

Vor einiger Zeit war auch die Rede davon, dass die Kabelfernsehfirmen Telefondienste bieten würden, und umgekehrt. Auch das erweist sich bei näherer Analyse als Phantasie, da dies mit hohen Kosten verbunden ist. Es dürften zwei getrennte Dienstleistungen bleiben. Hingegen lässt sich nicht sagen, ob sich der Mobiltelefondienst nicht so stark entwickelt, dass er das Kabeltelefon ersetzt oder ihm zumindest scharfe Konkurrenz bietet. Schon in den letzten Jahren sind viele Kunden ganz auf das Mobiltelefon übergegangen, das für diejenigen, die viel unterwegs und wenig zu Hause oder im Büro sind, praktischer ist. Wenn diese Technologie verbessert wird, kann dieses System billiger werden und dann noch schärfer konkurrieren.

Die Regierung hat den zwei Gesellschaften, die ENTel übernommen haben, ein 9jähriges Monopol gewährt, damit sie das System ausbauen und modernisieren konnten. In der Praxis haben sie vom staatlichen Telefonunternehmen sehr wenig behalten, so dass sie eigentlich ein völllig neues System errichtet haben, das eines der besten und modernsten (wenn nicht das modernste) der Welt ist.

Die Investitionen im Telefonwesen, einschliesslich des Mobiltelefons, betrugen seit 1990 über U$S 16 Mrd. Das hätte der Staat nie aufbringen können, wobei er auch nicht über die Technologie und das organisatorische Können verfügte, um eine derartige Leistung zu vollbringen. Die Telefonunternehmen sollen jetzt in der Lage sein, erfolgreich konkurrieren zu können. Das dürfte allerdings die Rentabilität beeinträchtigen, die auch während der Monopolperiode keineswegs überhöht war.

Steuerstundungen für Brennstoffimporte

Der Verband der sogenannten weissen Tankstellen, die Brennstoffe ohne Marken verkaufen, hat bei der Regierung durchgesetzt, dass die Einfuhr von Brennstoffen (Benzin, Gas- und Dieselöl) mit Steuerstundungen erfolgen darf. Das Dekret Nr. 1305 (Amtsblatt vom 11. November) reglementiert ausführlich die neue Freizügigkeit für den Import von Brennstoffen.

Es geht hauptsächlich um die Brennstoffsteuer, die bei Benzin rund 60% des Verkaufspreises ausmacht. Ausserdem werden Brennstoffe mit der Mehrwertsteuer belastet. Die Importeure müssen diese Steuern bei der Verzollung bezahlen, wogegen im Inlandsumsatz die Steuern erst nach dem Verkauf in den Tankstellen fällig werden. Diese zeitliche Diskrepanz wurde vom Verband der weissen Tankstellen beanstandet, weil sie angeblich den Import behindert, der seit 1992 dereguliert ist, das heisst frei von Lizenzen und Zöllen.

Ab Januar 1999 dürfen die Importeure die Steuern gestaffelt bezahlen: Für Benzin 7,5% bei der Verzollung, ferner je 22% nach 10, 20 bzw. 30 Tagen und die restlichen 26,5% nach 45 Tagen. Bei Gas- und Dieselöl werden noch günstigere Fristen eingeräumt: 2,0% bei der Verzollung, 18% nach 20 Tagen, 20% nach 30 Tagen und 60% nach 45 Tagen. Die Importfirmen müssen freilich Garantien in Gestalt von Barbeträgen, Hinterlegung von Staatstiteln, Bankgarantien oder unwiderruflichen Kreditbriefen stellen.

Der wirtschaftspolitische Zweck dieser Steuerstundungen besteht darin, die Preise der Brennstoffe im Inlandsmarkt unter Druck zu setzen, damit sie abnehmen und sich der weltweiten Erdölbaisse anpassen. Präsident Menem monierte die Preispolitik der lokalen Erdölfirmen (YPF, Shell, Esso, Eg3, Sol Petróleo, Dapsa, Rhasa, Refinor, San Lorenzo und neuerdings Petrobras), weil sie seinen Empfehlungen auf Preissenkungen nicht gefolgt seien, als die Erdölpreise im Ausland fielen. Künftig erwartet der Staatschef Baissen von 10% bis 15%. Ob diese Erwartungen sich erfüllen, muss sich noch zeigen. Beim Benzin, das die höchste Steuerlast trägt, dürften die Steuerstundungen nur eine geringe Verbilligung der Kreditkosten nach sich ziehen, die entstehen, wenn die Waren nach der Verzollung beim Verkauf in den Tankstellen kassiert werden. Für den Import pflegen Kreditbriefe von Auslandsbanken gegen Pfand der Waren einzuspringen, die möglicherweise den Transport und den Verkauf an den Tankstellen decken. Hingegen entfällt ab 1999 die Finanzierung der Steuerlast, worin die Verbilligung besteht. Das Steueramt, lies das nationale Schatzamt und die Provinzen als Steuerbeteiligte, übernehmen diese Finanzierung.

Laut Energiesekretariat gibt es 755 weisse Tankstellen ohne Marken, die mit 5.472 Tankstellen mit Marken konkurrieren, insgesamt 6.227 Tankstellen im ganzen Land. Ob 12,1% weisse Tankstellen mit 86,7% Tankstellen mit Marken preismässig konkurrieren werden, bleibt abzuwarten, wobei allein YPF, Shell und Esso 83,2% eigene Tankstellen oder Konzessionäre unter Vertrag verwalten. Sicherlich wird sich ab 1999 ein Preisdruck bemerkbar machen, je nachdem wie sich die Fahrer verhalten. Sind sie nur auf den Benzinpreis erpicht, dann werden sie sich nach weissen Tankstellen umschauen, sofern deren Benzinqualität mit den anderen vergleichbar ist. Dagegen spricht die Gewohnheit, bei bestimmten Tankstellen das Benzin zu beziehen, sowie die praktische Schwierigkeit, die weissen Tankstellen ausfindig zu machen, wenn sich der eigene Benzintank leert. Auf Reisen ist das beispielsweise ein Hazardspiel.

Anders als mit Benzin dürfte sich die Zinsverbilligung bei Diesel- und Gasöl auswirken. Hier werden Grossisten zugelassen, die die Waren mit Steuerstundungen verzollen und dann auf dem Land sowie unter den Transportgesellschaften vermarkten. Bei relativ grossen Umsätzen lassen sich deutliche Verbilligungen erzielen, die die Landwirte und die Busgesellschaften begünstigen mögen. Immer vorausgesetzt, dass die Einkäufe im Ausland billiger sind als im Inland.

Die lokalen Erdölfirmen mit eigenen Raffinerien werden in ihrem Englisch „down-stream“ genannten Geschäft der Verarbeitung, des Transports und des Verkaufs in Tankstellen sicherlich mit der finanziellen Freizügigkeit für ihre Konkurrenten, die reine Importeure sind und kein Kapital für die Raffinierung einsetzen, unter Preisdruck gesetzt werden. Wirkt sich das auf die Erfolgsrechnungen aus, dann fallen weniger Gewinnsteuern an, insbesondere von YPF als grösster Steuerzahler im Land. Die YPF-Aktien können ebenfalls darunter leiden, die immerhin an der Börse von Buenos Aires marktführend sind. All das bleibt abzuwarten.

Argentinische Investitionen im Ausland

Manch ein Beobachter der argentinischen Wirtschaftsszene mag sich über die Meldung gewundert haben, dass argentinische Unternehmen Investitionen im Ausland für angenommene U$S 7,0 Mrd. verpflichtet haben. Die Information entstammt der Studienstelle des Staatssekretariates für Handel, Industrie und Bergbau, im Kürzel als CEP bekannt. Argentinien galt wirtschaftlich als geschlossenes Land, das wenige Investitionen aus dem Ausland aufnahm und praktisch keine Investitionen ausserhalb der Landesgrenzen ansiedelte, konnte man doch die Unternehmen mit solchen Anlagen an den Fingern einer Hand abzählen.

Das hat sich jetzt deutlich verändert. Seit 1990 haben rund 50 Unternehmen und Konzerne bereits diesen Betrag im Ausland angelegt, wobei es sich nicht um Transfers aus Argentinien handelt, sondern um den Wert der Anlagen im Ausland, wie immer sie auch mit Eigenmitteln, Partnern, Krediten oder Reinvestitionen von Gewinnen finanziert worden sind.

Ausser besagten U$S 7,0 Mrd. befinden sich Projekte für U$S 1.537 Mio. in Ausführung sowie weitere U$S 2.209 Mio., die noch nicht begonnen haben. Der grösste Teil der bereits getätigten Investitionen im Ausland entfiel auf die Jahre 1990 bis 1996 mit U$S

3.916 Mio. als gleichzeitig der stärkste Zufluss von Auslandskapital in Argentinien verzeichnet wurde, ebenfalls als Aktiven im Land gemessen, gleich wie sie finanziert worden sind. Die deutliche Wirtschaftsöffnung der letzten Dekade schlägt sich auch mit vermehrten Investitionen in beiden Richtungen nieder. Das trägt zur Effizienz schlechthin, zum Wirtschaftswachstum, zu vermehrten Exporten und Importen und zu höherem Wohlstand bei.

Begehrtestes Ziel der argentinischen Auslandsinvestitionen ist Brasilien mit U$S 655 Mio. in der zuletzt erwähnten Zeitspanne. Für 1997 bis 2000 werden weitere U$S 2.129 Mio. in Brasilien landen. Das ist entschieden eine Nachwirkung des Mercosur als seit 1995 unvollkommene Zollunion, die einen gemeinsamen Wirtschatsraum verheisst. Zu diesen 16,7% aller Investitionen im Ausland nur in Brasilien während 1990 bis 1996 wurden weitere 35% in anderen südamerikanischen Ländern ermittelt, so dass der Raum Südamerika mehr als die Häfte der Anlagen argentinischer Firmen ausserhalb des Landes beansprucht. Die Investitionen folgen den Handelsliberalisierungen auf dem Fuss, zumal gleichzeitig kraft Stabilität, Deregulierungen und Privatisierungen neue Wirtschaftskräfte freigesetzt wurden, die sich möglichst nahe ansiedeln und Geschäfte mit Nachbarländern entwickeln. Ausserhalb Südamerikas wurden auch Investitionen argentinischer Firmen ermittelt, an der Spitze die Maschinenfabrik IMPSA von Pescarmona aus Mendoza in Asien und die Erdölfirma Bridas in Kazachstan. Im Fall Baesa in Brasilien ist die Auslandsinvestition gescheitert und wurde wieder veräussert, ebenso wie Bridas in fremde Hände übergegangen ist.

Sieben Branchen beherrschen 91% aller Investitionen im Ausland: Erdöl und Gas 46%, Stahl und Eisen 14%, Bauten 12%, Nahrungsmittel und Getränke sowie Strom je 6%, Verbindungen 4% und Transport 3%.

Nachfolgende Liste umfasst die grössten argentinischen Firmen mit Investitionen im Ausland in alfabetischer Reihenfolge:

Acindar
Alpargatas
Arcor
Baesa
Banco de Galicia
Banco Exprinter
Banco Provincia
Bridas
Bruno Bianchi
Bunge & Born
Cafés La Virginia
Capex
Ciadea
Cometrans
Compañía General de Combustibles
Disco
El Detalle
Grimoldi
IMPSA
Laverap
Mastellone
Meller
Metalúrgica Bonano
Molinos Rio de la Plata
Omint Argentina
Orbis Mertig
Pérez Companc
Petrolera San Jorge
Pluspetrol
Quickfood
Roggio
Román
Sagemüller
SanCor
Sideco
Sociedad Comercial del Plata
SOCMA
Techint
YPF
Zanella

Kuba in Aladi

Die kubanische Regierung unter ihrem kommunistischen Diktator Fidel Castro bemüht sich seit 1961 um den Beitritt zur lateinamerikanischen Handelsintegration, die ihr dieser Tage in einer Sitzung des Verbandes Aladi in Montevideo gelungen ist. Kuba war Beobachter in der Aladi seit 1986.

Aladi („Asociación Latinoamericana de Integración") wurde 1980 als Nachfolgerin der Alalc („Asociación Latinoamericana de Libre Comercio") gegründet, die 1961 in Kraft getreten war. Ihre Mitglieder sind die vier Mercosur-Partner Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay, ferner die Anden-Länder Chile, Bolivien, Peru, Ecuador, Kolumbien und Venezuela sowie Mexiko in Nordamerika.

Castro hatte sich 1960 zum Kommunismus in seiner leninistischen Variante mit Diktatur, Gewalt und Export seiner Revolution zumal nach Lateinamerika und Afrika bekannt und wurde von der US-Regierung geächtet. Die kubanische Regierung stellte deshalb 1962 den Antrag auf eine formelle Aufnahme in die Alalc während der zweiten Ministersitzung in Mexiko. Der Antrag wurde abgelehnt. Schon auf der Konferenz von Punta del Este von August 1961 („Allianz für den Fortschritt") hatte der kubanische Delegationschef Ernesto „Che" Guevara de la Serna den argentinischen Delegationschef, Wirtschaftsminister Roberto T. Alemann, gefragt, ob Kuba der Alalc beitreten könne, was Alemann als unvereinbar mit dem der Freihandelszone innewohnenden Marktmechanismus ablehnte.

Die Alalc bezweckte Zollsenkungen, damit private Geschäfte im gemeinsamen Aussenhandel expandieren. Kuba hatte eine kollektivistische Planwirtschaft eingerichtet, bei der Zölle überhaupt keine Rolle spielten. Kurz danach, abermals in Punta del Este, wurde Kuba auf Betreiben der US-Regierung aus der Organisation Amerikanischer Staaten (OEA) ausgeschlossen. Die Krise der Sowjetraketen mit Atomköpfen vom Oktober 1962 gab der US-Regierung unter Präsident Kennedy schliesslich recht, nachdem sich Kuba als sowjetischer Militärstützpunkt in der Karibik etabliert hatte und von dort aus die marxistische Revolution nach Lateinamerika exportierte, wo sie zwei Jahrzehnte lang mit Guerrilla-Kriegen wütete.

Der jetzige Beitritt Kubas zur Aladi als erstes Land der Karibik erfolgt unter neuen Umständen. In Kuba hält die Marktwirtschaft sukzessive Einzug, wiewohl sie Fidel Castro deutlich missfällt, der mangels sowjetischer Subventionen nach Auslandsinvestitionen und vermehrtem Handel lechzt. Mit der Aladi-Mitgliedschaft geniesst Kuba die Präferenzen aller Zollsenkungen, die sich die elf Mitglieder seit 1961 untereinander eingeräumt haben, ohne dass anzunehmen ist, dass Kuba als Handelspartner eine bedeutsame Rolle spielen wird. Eigentlich müsste Kuba auch Zollpräferenzen gewähren, damit der Beitritt zur Aladi nicht nur eine einseitige Präferenz zugunsten der Inseln ist.

Die Aladi ist seit 1980 nur noch ein Forum, wo sich die Partner treffen und gelegentlich Zollverhandlungen führen. Die verbindlichen Zollsenkungen nach dem Plan der Alalc, in zwölf Jahren eine Freihandelszone mit jährlichen Zollsenkungen zu verwirklichen, wurden fallengelassen, weil die Regierungen nicht bereit waren, den Wettbewerb untereinander zu verwirklichen. Seither dient Aladi als juristischer Deckmantel für die sogenannten subregionalen Integrationsverträge wie Mercosur und Andenpakt.

Mit dem Beitritt Kubas zur Aladi werden sicherlich die Verhandlungen zur Konsolidierung der kubanischen Handelsschulden gegenüber Argentinien in Bewegung gesetzt werden. Hierüber wurden unlängst Vorverhandlungen geführt. Es handelt sich um angenommene U$S 1,6 Mrd., die Kuba seit einem Vierteljahrhundert schuldet, nachdem die damalige peronistische Regierung auf Initiative des Wirtschaftsministers José Ber Gelbard und später unter der radikalen Regierung von Präsident Alfonsín grosszügige Finanzierungen für Lieferungen allerlei Waren einräumte, die Kuba nie bezahlt hat. Mit der Konsolidierung der Schulden könnten private Investitionen, zumal in der Hotellerie, finanziert werden, so dass Argentinien die betreffenden Staatspapiere Kubas mit Diskont verkaufen könnte und den sich daraus ergebenden Verlust verbucht.

Ob der Beitritt Kubas zur Aladi als Vorläufer zur Rückkehr in die OEA einzustufen ist, wie es kubanische Sprecher befürworten, bleibt abzuwarten und erscheint solange unwahrscheinlich, wie Fidel Castro sich weigert, demokratische Verhältnisse zuzulassen. Als letzter Diktator im amerikanischen Kontinent verharrt Castro einsam auf verlorenem Posten.

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Die Jahreszinsen der wichtigsten Banken für Fristdepositen auf 30 Tage lagen in der Berichtswoche für Pesos zwischen 6% und 7% und für Dollar zwischen 4,75% und 6%.

***

Der Mervalindex fiel in der Berichtswoche zum Donnerstag um 7,3% auf 464,09, der Burcapindex um 5,1% auf 826,06 und **der Börsenindex um 4,6% auf 18.321,98**

***

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) fiel in der Berichtswoche um 8,9% auf $ 0,7995.

***

Die Firma „Sabores Argentinos", die zur Soldati-Gruppe ge-

Argentinien ist Weltspitze bei Antidumping

Argentinien hat im Verhältnis zu seiner Einfuhrmenge die grösste Anzahl von Antidumping- und Antisubventionsmassnahmen der Welt.

Eine von der Aussenhandelskommission veröffentlichte Ermittlung zufolge hat das Industriesekretariat in den ersten zehn Monaten dieses Jahres gegen Dumping- und Subventionsbeschwerden Kompensationszölle für Feuerwerke, Tischbesteck aus Stahl, Spielkarten, Hängeschlösser, Radspeichen, Kfz-Reifenventile, Motoren für Waschmaschinen, Stahlflaschen für Gas, Spiralbohrer, Weizengluten und Olivenöl angeordnet.

Lieferanten der beanstandeten Waren sind China, Taiwan, Südkorea, Brasilien, Italien und die EU. In der Rangordnung steht bei den Dumpingklagen an erster Stelle China, vor Südkorea und Taiwan, bei den Subventionsklagen führt die EU.

Weitere 23 Dumpingbeschwerden werden derzeit noch geprüft. Bei einigen wurden vorbeugende Antidumpingzölle für rd. U$S 200 Mio. verfügt.

Das Unterstaatssekretariat für Aussenhandel hat ausserdem bereits das erste Ansuchen der Textilindustrievertretung Fita entgegengenommen, mit dem die Anwendung der Schutzklausel des ATV (Abkommen über Textilien und Bekleidung) gefordert wird. Das Ansuchen schliesst Unterlagen ein, die den Schaden belegen, der durch die Einfuhr von Baumwollstoffen in Ballen zugefügt wurde und will weitere Unterlagen über Stoffe aus synthetischen Garnen bringen. Beide betreffen das Kerngeschäft der Webwaren.

Die Schutzklausel des ATV legt im Paragraphen über Textilien Quoten fest, die die Einfuhren der letzten 12 Monate, gezählt ab dem 14. Monat nach der Beweisführung über den zugefügten Schaden, als Grundlage haben.

Cargill kauft Getreidehandelsabteilung von Continental Grain

Cargill, der grösste Getreidehändler der Welt, hat des Getreidegeschäft seines alten Konkurrenten, der Continental Grain, erworben, um seine Position weiter zu festigen und sich in den USA einen Marktanteil von 6% bis 10% zu sichern. Keines der beiden Unternehmen äusserte sich über den Verkaufspreis, doch die übernommene Abteilung der Continental Grain setzt für U$S 5 Mrd. im Jahr um.

In den letzten vier Jahren hatten sich Cargill und Continental Grain zu den beiden grössten Getreideexporteuren der USA, dem grössten Getreideausfuhrland der Welt, hinaufgearbeitet. Cargill vermehrt mit der Übernahme seine Getreidesilos um 65 in den USA und 21 im Ausland. In Argentinien hatte Continental Grain ein Verladungssilo und ein Netz von 7 Sammelstellen rund um den Hafen von Rosario.

1996 hatte Cargill 239 Getreidesilos in den USA mit über 10 Mio. t Lagerkapazität, die durch die Übernahme der Continental Grain um mehr als 3,8 Mio. t erhöht wird. Die 2.grösste Lagerkapazität besitzt nun Archer daniels Midland aus Illinois mit 9,45 Mio. t, ebenfalls nach Angaben aus 1996. Continental Grain hatte die Tätigkeit letztlich vom Getreidegeschäft auf Vieh, Geflügel Schweine, Getreidemühlen und Viehfuttel verlegt und wird diese nun Kerngeschäfte weiter betreiben. Getreide brachte für Continental Grain rd. ein Drittel der Umsätze.

Cargill besitzt mehr als 1.000 Verarbeitungsstellen in 65 Staaten. Aus Argentinien hatte die Firma im Vorjahr für U$S 1,27 Mrd. ausgeführt, gegen U$S 338 Mio. von Continental Grain. Ausser dem Getreidehandel betreibt Cargill Weizen- und Maismühlen, Fleischverarbeitung, Viehfuttererzeugung, Handel und Verarbeitung von Ölsaat und den Vertrieb von Kaffee und Zucker. Darüber hinaus ist Cargill im Geschäft mit Kochsalz, Düngemitteln, Frachtenverkehr, Immobilien und Versicherungen tätig.

Argentinien erhielt U$S 3,03 Mrd. von der Weltbank

Die Weltbank hat zwei Sonderdarlehen für Argentinien von insgesamt U$S 3,03 Mrd. bewilligt. Sie sollen zu Reformen der Wirtschaft und zur Unterstützung des Landes gegen die Folgen der globalen Finanzkrise beitragen. Die beiden Darlehen sind Ergebnis der von der Wirtschaftsführung geführten Verhandlungen.

Wirtschafsminister Fernández hatte am 5. Oktober in Washington erklärt, dass er Finanzierungen für mindestens U$S 5,7 Mrd. gesichert hatte. Darunter befanden sich U$S 2 Mrd. von der Weltbank und weitere U$S 2 Mrd. von der Interamerikanischen Entwicklungsbank (BID). Allerdings verhandle er mit beiden Banken über zusätzliche Kredite von U$S 1,5 Mrd. Die BID konnte den Kredit an Argentinien noch nicht formell bewilligen, das die Versammlung der Bankgouverneure erst in der kommenden Woche in Washington stattfindet. Mit den bewilligen Krediten seien die notwendigen Finanzierungen Argentiniens bis zum 30.3.1999 gedeckt.

Die beiden von der Weltbank bewilligten Darlehen sind eines von U$S 2.525,25 Mio. für Strukturmassnahmen und ein weiteres von U$S 505,05 Mio. für Rückkäufe auf den Finanzmärkten, rund U$S 1 Mrd. mehr als von Minister Fernández Anfang Oktober als sicher bezeichnet wurde.

Die Weltbank nannte die beiden Darlehen in einem Kommuniqué vorbeugende Massnahmen. Sie seien Teil der Bemühungen der Interamerikanischen Entwicklungsbank, des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank, um die Auswirkungen der internationalen Finanzkrise zu mildern und gleichzeitig die Reformbestrebungen der argentinischen Regierung zu unterstützen.

hört (Comercial del Plata, Compañía General de Combustibles u.a.) hat 70 % des Kapitals der Weinkellerei Titarelli übernommen, die ausser Wein auch Olivenöl erzeugt und vertreibt. Bei Sabores Argentinos sind ausser Santiago Soldati auch Luis Roque Otero Monsegur, Fernando Cinalli, Juan Carlos Pitrelli, Antonio Sanchez Zinny, Patricio Bonta, Eduardo Casaball und Antonio Romero Vagni beteiligt. Die Firma hat schon die Gewürzmarken Layco, Poo und Lagorio, sowie die Essigfirmen Hüser und Omega gekauft.

***

Die Strombehörde Enre (Ente Nacional Regulador de la Electricidad) hat verfügt, dass das landesweite Hochspannungs-Stromtransportunternehmen Transener seine Tarife per 17.7.98 für die nächsten 5 Jahre um 8% verringern muss. An diesem Tag lief der alte Vertrag der Perez Companc und der britischen National Grid gehörenden Transener ab. Sie hatte statt der bisherigen U$S 104 Mio. im Jahr U$S 127 gefordert. Die in den letzten 5 Jahren von U$S 40 auf U$S 20 pro MW/h zurückgegangenen Grosshandelspreise hätten die Rentabilität des Unternehmens verringert. Nun erhält sie U$S 94 Mio. im Jahr. Der Endverbraucher würde von der Verringerung nicht betroffen werden, erklärte Enre-Vizepräsident Devoto, da der Hochspannungstransport nur etwa 3% des Endpreises ausmache. Damit der Endverbraucher einen Unterschied merke, müsste sich dieser Preis um 30% bis 40% ändern.

***

Laboratorios Stafford Miller, Tochtergesellschaft der Block Drug Company, USA, die in 28 Staaten U$S 850 Mio. im Jahr umsetzt, wird in den nächsten 2 Jahren U$S 5 Mio. in Erweiterungen und der Eingliederung neuer Techniken in ihrem Betrieb in Buenos Aires Stadt investieren.

***

Zusammen mit der mexikanischen Mabe wird General Electric in Argentinien elektrische Haushaltsgeräte fertigen. Die beiden sind in Mexiko Partner und verhandeln mit der spanischen Fagor, um in den argentinischen McLean-Fabriken in Haedo und San Luis schwerpunktmässig Kühlschränke zu erzeugen. Die McLean Fabriken gehören Mabe und Fagor zu gleichen Teilen. GE ist weltweit 3.grösster Hersteller von elektrischen Haushaltsgeräten, nach Whirlpool, USA, die diese Produktion auch von Philips übernommen hat und der schwedischen Elektrolux, die in Europa führend ist. GE wurde in Argentinien lange von Continental Fuegina vertreten, die auch Kenwood vertrieb. Nach ihrem Konkurs 1995 ging die Vertretung an Sir Home, die Daniel Dos Reis gehört, der auch Mitbesitzer der Expert-Kette ist.

***

Der Vorsitzende der PJ-Fraktion im Abgeordnetenhaus, H. Roggero, wies den Vorschlag der Wirtschaftsführung zurück, die 20,3% der YPF Aktien, die sich noch in Staatshänden befinden, als Gesamtpaket zu veräussern. Das gesetz schreibe vor, dass die Aktien verstreut veräussert werden müssen, und der Ertrag dem Sozialbereich zufliessen müsse.

***

Der Bankenverband Adeba gab bekannt, dass die 5 grössten Banken des Landes 47,4 der Gesamteinlagen verwalten. Die Banco de la Nación führe weiter in Betrag und Anzahl der gewährten Darlehen.

***

Der Rechnungshof und die Staatsanwaltschaft prüfen die Einzelheiten der Lastenhefte für die internationale Ausschreibung zur Privatisierung des Provinzwasserwerkes Osba (Obras Sanitarias de Buenos Aires). Das Unternehmen soll im März oder April 1999 verkauft werden. Sollten keine Einwände der Prüfungsbehörden vorliegen, könnten die Lastenhefte bis Jahresende zur Vefügung stehen. Mittlerweile steht der Data-room mit Einzelheiten des Unternehmens den Interessenten im Sitz der Empresa Social de Energía zur Verfügung.

***

Eine jüngste Studie der Gruppe Sophia, koordiniert von Tomás Murphy, weist darauf hin, dass die Exekutive für 78% der Staatsausgaben verantwortlich ist, während die Legislative nur 1% des Budgets ausmacht und die Justiz ebenfalls 1%. Hinzu kommen dann 14% für die Bedienung der öffentlichen Schuld und 6% für Verpflichtungen des Schatzamtes. Von den gesamten Ausgaben der Nationalverwaltung entfallen 1998 42% auf soziale Sicherheit (vornehmlich Renten), 9% auf Ver-

ZF weiht Werk in Argentinien ein

Tochter der ZF Friedrichshafen AG expandiert in Südamerika und hat grosse Pläne

Buenos Aires - Das Band ist durchschnitten - jetzt gilt es, das gestreckte Ziel zu erreichen: als „Global Player“ die Aktivitäten im Mercosur zu intensivieren, um damit auch in Südamerika der Unternehmensphilosophie „besser, ökonomischer und flexibler“ gerecht zu werden, wie Konzernchef Klaus Bleyer die ehrgeizige Investition definierte. Am 06. November weihte er das neue, sieben Hektar umfassende Werksgelände der Tochterfirma ZF Argentina S.A. im Industriegebiet Pilar (Provinz Buenos Aires) ein. Begleitet wurde er von Alieto Guadagni, dem Staatssekretär für Industrie, Handel und Bergbau im Wirtschaftsministerium. Es sei ein grosser Erfolg und eine Befriedigung für Argentinien, wenn ein „bedeutender deutscher Konzern“ in einem solchen Ausmass investiere.

Konkret investierte der Automobilzulieferer seit 1995 U$S 100 Mio. in das Werk. In Pilar sollen die 510 Beschäftigten bereits 1999 im Dreischichtbetrieb 60.000 Getriebe für leichte und mittelschwere Nutzfahrzeuge konstruieren. 85% der Produktion ist für den Export bestimmt, vorrangig für Brasilien und die USA. 15% werden in Argentinien abgesetzt. Abnehmer sind u.a. die Daimler-Benz AG, Ford Motor Co., General Motors Corp. und Iveco. Doch stehen erste Probleme bereits vor der neuen Haustür. So hat die ZF Argentina ebenso wie die ZF Brasil unter der Abwertung des brasilianischen Real gegenüber dem Dollar zu leiden. Norberto Farina, der die beiden Töchter unter einem gemeinsamen Dach leitet, sagte, dass durch die Abwertung der prognostizierte Umsatz für 1999 von U$S 85 Mio. auf U$S 70 Mio. zurückgefahren werden musste. Das sei zwar immer noch mehr als die 60 Mio. in 1998, „aber wir stehen in der Verpflichtung unserer Vertragspartner und Abnehmer“, erklärte Horst Grotewold, Vizepräsident der AF Argentina, die Problematik.

Die Produktpalette von ZF reicht von Getrieben (für KFZ, NFZ, Landmaschinen, Schiffe) und Schaltungssystemen bis hin zu Achsen und Fahrwerkkomponenten. 1997 erzielte der Konzern mit seinen 35.000 Mitarbeitern weltweit einen Umsatz von 5 Mrd. US$ (Westeuropa 3,74 Mio., NAFTA 600 Mio., Asien 278 Mio., Mercosur 258 Mio., andere 80 Mio.), was einer Steigerung von 15 Prozent gegenüber 1996 entspricht. Die Umsätze in den ersten vier Monaten 1998 belaufen sich auf 1,4 Mrd. US$ - für das Jahr 2000 strebt die ZF Friedrichshafen AG an, erstmalig 6 Mrd. Umsatz zu erreichen.

Traditioneller Hauptabnehmer der ZF-Technik ist der westeuropäische Markt. Der Konzern hat jedoch in den letzten Jahren seine Positionen auf dem nordamerikanischen Markt und im Fernen Osten ausgebaut. So wurden in China seit 1996 drei Werke eröffnet: ZF Schanghai Steering Co., Schanghai Lemförder Automotive Components und Liuzhou-ZF Machinery Co.. Die von Ferdinand Graf von Zeppelin 1915 in Friedrichshafen gegründete Konzern ist bereits seit fast zwei Jahrzehnten in Argentinien präsent, 1981 übernahm sie Anteile an der lokalen Getriebefabrik FAE, 1984 erfolgte die 100prozentige Übernahme. 1995 erwarb ZF von Mercedes-Benz Argentina ein Werksgelände in der Stadt Gonzalez Catan (Provinz Bue-nos Aires), jetzt erfolgte von dort der Umzug nach Pilar.

Die finanzielle Krise von Alpargatas

Die Schuldenunstrukturierung des grössten Textilunternehmens Argentiniens ist weiter Quelle von Gerüchten am Fiananzplatz. Nach der Banco de la Provincia de Buenos Aires soll nun auch die Banco de la Nación den von Alpargatas vorgelegten Finanzierungsplan abgelehnt haben.

Von Alpargates soll eine Verbesserung ihres Angebotes gefordert worden sein. Der Vorschlag von Alpargatas, die der Banco Nación geschuldeten U$S 28 Mio. in 15 Jahren rückzuerstatten und dafür jährlich Zinsen von Libo plus 0,9% zu bezahlen, liege um 500 Basispunkte unter den Marktwerten. Allerdings weisen die an der Börse veröffentlichten Ergebnisse von Alpargatas im 3. Quartal 1998 U$S 43,5 Mio. Verlust aus. 1998 wurden bisher rote Zahlen für U$S 99 Mio. geschrieben, gegen U$S 77 Mio. im ganzen Vorjahr. Nachdem die Notierung von Alpargatas nach Ankündigung des Strukturplanes an der Börse bemerkenswerte Zunahmen verzeichnet hatte, fielen die Kurse wieder stark. Der Kursverlust 1998 beträgt derzeit rd. 68,33%. Alpargatas schuldet U$S 543 Mio., davon U$S 341 Mio. kurzfristig, schwerpunktmässig an 11 ausländische Institutionen. Vor 14 Tagen hatte die Firma diesen Gläubigern in New York die Kapitalisierung von rd. 50% dieser Schuld und die Umstrukturierung des Restbetrages auf 15% mit rd. 6% Jahreszinsen vorgeschlagen. Die Schulden an die Banken Provincia und Nación betragen hingegen U$S 35 Mio. Die US-Investmentgruppen Newport Latin America und Southern Cross Latin America Equity Fund versuchen, die Kontrolle von Alpargatas zu übernehmen, die noch immer von der San Remigio Gruppe ausgeübt wird.

Zu der Krisenlage des Unternehmens kommt noch, dass es Obligationen für U$S 70 Mio. nicht bedienen konnte und durch die Asienkrise starke Umsatzrückgänge erleidet, die im 3. Quartal, im Vorjahresvergleich, 25% erreichten. Die Zunahme der Kleinhandelsumsätze kann diese Verluste nicht wettmachen.

---

waltungsausgaben, 14% auf den Schuldendienst, 7% auf Sicherheit und Verteidigung, 6% auf wirtschaftliche Dienste und 22% auf soziale Dienste.

***

ZB-Präsident Pou erhielt von der internationalen Bewertungsfirma Standard & Poor’s ein aussergewöhnliches Lob wegen der Festigkeit, mit der er den Fall der Mayobank gehandhabt hat. In einem in Buenos Aires und New York herausgegebenen Kommuniqué lobte S&P die Haltung der argentinischen ZB bei der Sicherung des Finanzsystems, als sie die Lizenz der Mayobank aufhob und ging soweit zu erklären, dass die asiatischen Staaten, wenn sie ebenso entschieden gehandelt hätten, eine geringere Krise durchmachen würden.

***

Standard & Poor’s bestätigte die Benotung BB für die argentinischen Auslandsschulden und die Zukunftsvoraussage „stabil“.

***

Die ZB sperrte im Oktober 5.081 Konten, um 3,5% mehr als im Vormonat, mehrheitlich wegen wiederholter Ausgabe ungedeckter Schecks. In den ersten 10 Monaten wurden 57.575 Konten gesperrt, um 9,5% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum.

***

Die Banco Frances und Diner’s Club wurden vom Handelssekretariat wegen Verstösse gegen den Verbraucherschutz mit Bussen belegt. Die Bank muss $ 5.000 und Diner’s Club $ 20.000 bezahlen. Beide erklärten die Strafverfügung sei nicht endgültig.

***

Die EU-Kommission gab bekannt, dass sie bei der WTO Beschwerde gegen Argentinien wegen seines Vorgehens bei Lederwaren und Rinderhäuten einlegen wird. Argentinien erhebe Handelsschranken, die gegen die WTO-Auflagen verstossen. Darunter befänden sich (wegen hoher Ausfuhrzölle) praktische Ausfuhrverbote für ungegerbte Rinderhäute und dirkriminierende Abgaben bei der Einfuhr von Lederartikeln.

***

Saul Bouer, Leiter der ANSeS (Administración Nacional de Seguridad Social), die für die 3,4 Mio. Rentner verantwortlich ist, ist von seinem Amt zurückgetreten. Bouer war vorher Bürgermeister der Stadt Buenos Aires, Verwalter von Yacyretá, Staatssekretär für öffentliche Bauten und Schatzsekretär. Bouer ist amtsmüde geworden, weil er ununterbrochen von Richtern vorgeladen wird, die die ANSeS zur Zahlung von geschuldeten Renten verurteilen, die er jedoch nicht zahlen kann, weil das Haushaltsgesetz für 1998 nur die Zahlung von 30.000 Fällen vorgesehen hat, wobei es bisher 94.500 sind. Die Beamten haben keinen Schutz für dieses gerichtliche Vorgehen, wobei Bouer wahrscheinlich auch nach seinem Rücktritt jahrelang Erklärungen vor Gericht wird abgeben müssen.

***

Impsa (Industrias Metalúrgicas Pescarmona SA) hat einen U$S 450 Mio. Vertrag für die Erweiterung und 25jährige Betreibung von Wasserkraftwerken auf den Philippinen erhalten. Er sei die grösste lateinamerikanischeInvestition in diesem Staate. Sie sieht die Verdoppelung der Leistung des Kalayaan-Werkes von 350 auf 700 MW und die Inbetriebsetzung kleinerer E-Werke in Caliraya und Botolan vor. Pescarmona liefert bereits Krananlagen nach China, Taiwan, Malaysia und Indonesien und Turbinen nach Taiwan und China. (AFP)

***

Der Industriespitzenverband UIA hat mit der Wirtschaftsführung die Schaffung einer Versicherung für Exporteure vereinbart, die durch die brasilianischen Zollschranken für Lebensmittel geschädigt werden. UIA-Präsident Alvarez Gaiani erklärte der Presse, die Versicherung würde die Kosten der Industrie erhöhen, die Schäden durch Lebensmittel, die durch Verzögerungen im Zoll verderben, jedoch verringern. Dessenungeachtet werde weiter verhandelt, um die Schädigung der Ausfuhren von Lebensmitteln, Medikamenten und Chemikalien aus Argentinien, Paraguay und Uruguay abzuschaffen. Argentinien hat 1997 an Brasilien für U$S 6 Mrd. geliefert, Exporteure fürchten jedoch einen Rückgang auf U$S 3 Mrd. (AFP)

***

Von der Kapitalaufstockung um U$S 10 Mio. der Química Estrella haben ihre Aktionäre Nepa (Negocios y Participaciones) und Sapeg (South American Private Equity) Aktien für je U$S 3 Mio. und die Credit Suisse First Boston für U$S 4 Mio. Nennwert erworben. Das entspricht effektiven Einzahlungen von U$S 16,53 Mio., da die Aktie mit $ 1 Nennwert zu $ 1,6534 gehandelt wurde. Química Estrella notiert seit 1919 an der Börse und führt ausser ihrer Marke für Watte die Marken Arlistán, Maltifé, Cruz de Malta, Zucoa, Toddy, OK, Mussel, Marcolla, Arroz Gallo und Lucchetti.

***

Das Amt für Öffentliche Einnahmen AFIP ist mit der Arbeitsrisikoversicherungen ART nach längerem Tauziehen übereingekommen, dass das Inkasso der Arbeitgeberbeiträge, das die AFIP für die Versicherungsgesellschaften durchführt, von letzteren ab Au-

gust mit 0,7% der Beiträge honoriert wird.

***

Senator Yoma, PJ, versicherte Handels- und Konsumentenvereinigungen, dass die Rahmenbedingungen, denen Kreditkarten unterworfen sein werden, vor Ende der gewöhnlichen Sitzungsperiode am 30. November, als Gesetz verabschiedet werden. Mehr als 150 Vertreter von Handelsvereinigungen kleiner und mittlerer Unternehmen (Pymes) ersuchten, dass die vom Abgeordnetenhaus bereits angenommene Vorlage vom Senat ohne Änderungen verabschiedet werde.

***

Die Regierung beschloss, den Treuhandfonds für die Entwicklung der Provinzen, der ursprünglich für die Privatisierung provinzeigener Banken und Dienstleistungsbetriebe vorgesehen war, zur Finanzierung von Programmen für Gesundheit, Justiz und Erziehung im Landesinneren einzusetzen. Der Fonds wurde 1995 aus einem Teil des Privatisierungserlöses von YPF geschaffen und sollte weitere Privatisierungen unterstützen. Mit dem im Amtsblatt vom 10.11.98 veröffentlichten Dekret 1289/98 wurde die Bestimmng des Fonds auf Entwicklungsprogramme, Effizienzerhöhungen, Verbesserung der Dienstleistungen und allgemeiner Festigung der Wirtschaft, Erziehung, Justiz, Gesundheit und Sicherheit erweitert. Der Fonds kann auch für Steuerreform-, Verwaltungs-, Finanz- oder Wirtschaftsprogramme der Provinzen sowie zur Sanierung ihrer Finanzen, eingesetzt werden.

***

Die Justiz hat den Einspruch der kanadischen Telesystem gegen die Frequenzzuteilung an das PCS (Personal call system) zurückgewiesen und den Weg für die Zuschläge geebnet. Das PCS ist der Zellulartelefonie ähnlich, vereinigt jedoch den Tarif mit dem der Festanschlüsse. Von der Ausschreibng werden U$S 300 Mio. für das Schatzamt erwartet.

***

Saltas Gouverneur Romero weigerte sich, den El Aybal Flughafen termingerecht an die Konzessionärin Argentina 2000 zu übergeben. Die Provinz hätte U$S 8 Mio. in ihn investiert und Kabinettschef Rodríguez hätte sich verpflichtet, den Betrag vor der Privatisierung rückzuerstatten. Weder die Konzessionäre, noch die Überwachungsbehörde unter R. Barra hätten sich zur Zahlung verpflichtet. Ein Richter hat zugunsten Romeros entshieden.

***

Das Kabelfernsehunternehmen CableVisión hat in der Vorwoche fällige U$S 950 Mio. umgeschuldet. U$S 400 Mio. wurden von den Aktionären aufgebracht, davon U$S 150 Mio. als Kapitalaufstockung. Für U$S 550 Mio. werden Obligationen mit veränderlichen Zinssätzen ausgegeben. Die erste Tranche von U$S 250 Mio. läuft 18 Monate, die 2. für U$S 300 Mio., 42 Monate. Die beteiligten Banken sind Supervielle Societé Generale (Federführung und 40%), Santander Investment Bank (30%) und Toronto Dominion Bank (30%). Der Kredit wurde ursprünglich aufgenommen, um die Übernahme von 750.000 Abonnementen durch Firmenkäufe zu finanzieren. Die wichtigste Akquisition war die zusammen mit Multicanal durchgeführte, bei der jede Firma für VCC U$S 765 Mio. bezahlte. Derzeit hält TCI (USA) 26,4% von CableVisión, CEI Citicorp Holdings 33,28%, Tisa (Telefónica Internacional SA) 33,28% und E. Eurnekian 7,2%.

***

Der Direktor für Öffentliche Einnahmen, C. Silvani, gab bekannt, dass ein Steueraufseher und 2 Inspektoren, die von ihm angezeigt und von der Polizei bei der Entgegennahme von U$S 30.000 Schmiergeldern überführt wurden, am nächsten Tag vom Richter freigelassen wurden. Er habe Berufung eingelegt.

***

Internationale Reedereien drohen, wegen Tarifstreitigkeiten im Hafen von Buenos Aires und Dock Sud, ihre Haupttätigkeit nach Montevideo zu verlagern. Die argentinische Hafenverwaltung AGP hat den Hafenbetreibern gestattet, im Schutz der Bestimmung 45 U$S 70 bzw. 50 für die Handhabung der Kontainer für Ein- und Ausfuhren zu fordern. Für die Reeder ist das Staatsintervention im Privatgeschäft, da vertragsmässig ihnen die terminal handling charge genannte Gebühr zusteht. Karl Keymer von Hamburg Süd warnte, dass die Schiffsfrequenzen nach Buenos Aires verringert werden könnten und sagte die Einbringung eines Schutzrekurses voraus. Andere Reeder schlagen das Anlaufen von anderen Häfen vor.

***

Anlässlich der Einweihung der Fabrik für 130.000 Jato Polyethylenterephtalat (PET) in Zárate (AT 7.11.) gab die Eastman Chemical bekannt, dass sie in Argentinien bei PET 50% Marktanteil hat und im Mercosur 33%. Der Markt für diesen schwerpunktmässig für Einwegflaschen und Lebensmittelverpackungen eingesetzten Kunststoffes wachse um 17% im Jahr. Das Werk in Zárate sei ausgelegt worden, um eine Kapazitätsverdoppelung auf 260.000 Jato leicht zu gestatten.

***

Bis jetzt haben 3 Unternehmen die Lastenhefte für die Lizenz zum Betrieb öffentlicher Fernsprecher erworben. Es sind Ocasa, das Postunternehmen der Exxel Group, Dakota, eine Geschäftsverbindung der STO die in Buenos Aires Stadt Parkuhren und Kfz-Radsperren betreibt und Consultores y Servicios, ein Konsortium mit Sitz in Mendoza. Am Montag müssen die technischen Angebote, am 24.11. die finanziellen gemacht werden. Der Zuschlag ist für den 7.12. vorgesehen. Weitere 8 Lizenzen werden direkt an Telefónica, Telecom, CTI, Movicom, 2 Genossenschaften und 2 Kabelfernsehunternehmen vergeben.

***

Das niederländische Chemieunternehmen Akzo Nobel hat ein Abkommen mit der argentinischen Ascona über Zusammenarbeit bei der Entwicklung und Erzeugung von Natur- und Kunstharzen geschlossen. Es wird international das 2.grösste Unternehmen der Branche ergeben. Ab 1.1.99 wird Ascona völlig in die Akzo Nobel integriert sein. Ascona setzt U$S 35 Mio. im Jahr um und hat in Latenamerika und den USA eine starke Marktstellung. Akzo Nobel setzt jährlich U$S 300 Mio. um und erzeugt vorwiegend Harze für Lackfarben mit Fabriken in Holland, Spanien, USA und Asien.

***

Die Getreidebörse von Buenos Aires und Genossenschafter der Coninagro haben wegen Verzögerungen bei der Rückerstattung der MWSt. für Ausfuhren dringende Lösungen gefordert. Die entstehenden Finanzkosten schädigten Ausfuhr und Produktion, wie V. Levisman, Vorsitzender der Coninagro erklärte.

***

Die PJ-Fraktion im Abgeordnetenhaus hat die Vorlage über ein neues Beamtenstatut angenommen. Sie sieht Stabilität des Arbeitsplatzes für alle öffentlichen Angestellten vor und behält die bisherigen Beförderungen, Urlaube und Disziplinarmassnahmen.

***

Die kanadische Iam Gold Corp. Argentina will U$S 300 Mio. in die Erschliessung und mögliche Förderung von Goldvorkommen in Jujuy investieren, wie Gouverneur Ferraro der Presse bekanntgab. Es gehe um die seit der Zeit der Jesuiten stillgelegten Minas Azules im Bezirk Santa Catalina sowie um Erschliessungen im Bezirk Rinconada. Die Vorarbeiten seien vielversprechend. (AFP)

***

Das Regierungsdekret 1.318 verfügt eine neue Ausgabe von Bocon-Konsolidierungsbonds für $ 800 Mio. um die Altschulden des Rentnerdienstes PAMI aus der Zeit vor Januar 1997 zu begleichen. Die Gläubiger können die Bonds an Zahlungsstatt nehmen oder ihre bisherigen Inkassomassnahmen fortsetzen. Die Bocon weden auf Wunsch in Pesos oder Dollar übergeben. Das Ausgabedatum wird der 15.1.99 und die Laufzeit 8 Jahre und 3 Monate sein. Die Rückerstattung erfolgt in 25 Quartalsraten von 4% der Schuld ab 15.4.2001. Ab 15.4.99 wird Quartalsmässig ein Zinssatz bezahlt. Die Bocon können behalten oder weitergegeben werden. Bei Empfang der Bonds muss eine notarielle Schuldverzichtserklärung unterzeichnet werden. Die staatliche Überwachungsbehörde hat nach der Billigung durch das Pami 45 Tage Zeit um die Echtheit der Forderung zu bestätigen.

***

20.000 t Milchpulver der Firma SanCor wurden an der brasilianischen Grenze aufgehalten. Es ist die erste praktische Umsetzung der neuen brasilianischen Handelsschranken. Die gesperrte Ausfuhr würde 500 Waggons oder ein Getreideschiff füllen und entspricht U$S 40 Mio. Auf der brasilianischen Liste stehen nicht nur Milchprodukte sondern auch Chemikalien, petrochemische Erzeugnisse, Spielzeug, Medikamente und elektrische Haushaltsgeräte. Die mögliche Versicherung gegen Schäden durch die brasilianischen Massnahmen wird weiter erwogen.

***

Ab 1.12.98 wird die Einbehaltung für die Gerwinnsteuer bei Käufen über $ 11.800 von 1% auf 2% erhöht. Bei Verkäufern, die nicht bei der Gewinnsteuer eingetragen sind, wird die Einbehaltung 4% betragen, wie der Beschluss 258 der AFIP verfügt.

***

In den ersten 10 Novembertagen hat das Amt für Öffentliche Einnahmen (AFIP) 5.273 Bankkonten von Unternehmen oder Einzelpersonen gepfändet, die Steuern oder Sozialbeiträge schulden, wie Amtsdirektor Silvani bekanntgab. Das Amt verfüge nun über ein elektronisches System in Verbindung mit der ZB, das diese Pfändungen ermögliche. Sie würden nach der erfolglosen Mahnung der Steuerzahler, nach Einschaltung der Justiz, eingeleitet

Starker Zinsrückgang bei Schatzscheinen

Das Schatzamt hat Letes-Schatzscheine für U$S 500 Mio. auf 91 Tage zu 9,38% und auf 182 Tage zu 9,65% Jahreszins untergebracht. Diese Sätze liegen weit unter den 10% bzw. 13,5%, die noch vor einem Monat für die gleichen Laufzeiten bezahlt werden mussten. Für 3 Monate Laufzeit wurden 4,21 Punkte über Libo bezahlt, gegen 4,91 Punkte im Oktober. Auf 6 Monate wurden 4,95 Punkte über Libor, knapp halb soviel wie die 9,33 Punkte vor einem Monat, bezahlt. Da die zu entrichtenden Zinsen im Moment der Unterbringung abgezogen werden, entsprechen die Sätze 9,61% bzw. 10,14% Jahreszinsen nach Fälligkeit.

Für die Schatzscheine auf 91 Tage gab es Angebote für U$S 596,5 Mio., 2,4 Mal den ausgeschriebenen Betrag. Auf 182 Tage wurden U$S 1,06 Mrd. geboten, 4,2 Mal mehr als ausgeschrieben wurde.

werden.

***

Der Terminkalender für die obligatorische Einführung der Registrierkassen mit dem zugriffsicherem Speicher für das Steueramt wurde vorverlegt. Bis zum 13. November mussen sie alle Lebensmittelgeschäfte habe. Vom 16. bis zum 30.11., je nach CUIT-Nummer, Barbetriebe, Kaffeehäuser, Pizzaläden und Bierstuben. Vom 4. bis zum 28.12. Supermärkte und Selbstbedienungsläden mit weniger als 4 Kassen. Vom 7. bis zum 28.12.Eisen- und Farbhandlungen.

***

Der Vorsitzende von YPF, Roberto Monti, reiste letzte Woche nach den USA, um institutionelle Investoren, die grosse Aktienpakete von YPF halten, zu überzeugen, ihre Position zu erhöhen. Ebenfalls will die Provinz Santa Cruz, die 4,7% des Kapitals hat, ihren Besitz auf 5,1 % erhöhen und damit einen Direktoriumssitz erhalten. Schliesslich kann YPF selber einen Teil seiner liquiden Mittel, die auf etwa U$S 1,7 Mrd. geschätzt werden, für den Kauf der eigenen Aktien einsetzen. Die YPF Leitung will den Verkauf des Aktienpaketes von 14,9% an Repsol oder eine andere ausländische Firma verhindern, und zählt dabei mit der Unterstützung zahlreicher Abgeordneter.

***

Durch Gesetz 25.036 (Amtsblatt vom 11.11.98) wurde das Gesetz 11.723 über Schutz des geistigen Eigentums leicht geändert, wobei besonders Informatikprogramme („software") berücksichtigt werden. Dabei wird nur eine Wiedergabe eines Programmes gestattet, die identifiziert sein muss, mit Hinweis auf die Gebrauchslizenz.

***

Durch Beschluss 256/98 des Amtes für öffentliche Einnahmen (AFJP) (Amtsblatt vom 12.11.98) wurde der Betrag der Einbehaltung der MWSt. bei Importen geändert und folgendermassen festgesetzt: bei Obst und frischem Gemüse: 5%; bei anderen Gütern: 10%; bei Verantwortlichen, die nicht eingetragen sind, oder von der MWSt. ausgenommen sind: 5,80% im Fall von Obst und frischem Gemüse und 12,70% bei anderen Waren. Diese Einbehaltung wird zusammen mit der MWSt. gezahlt.

***

Durch Gesetz 25.031 (Amtsblatt vom 12.11.98) wurde ein Amt geschaffen, das für den Transport in der Stadtgegend von Buenos Aires und Umgebung verantwortlich ist und durch die Nationalregierung, die Regierung der Stadt Buenos Aires und der Provinz Buenos Aires gebildet ist. Dieses Amt genannt „Ente Coordinador del Transporte Metropolitano" (ECOTAM) soll für die Koordinierung des Transportes in dieser Gegend verantwortlich sein, Regulierungssysteme, Tarife usw. vorschlagen und auch bei Krediten für das Transportsystem mitwirken.

***

Sechs Unternehmen, die Kraftwerke betreiben (Hidroeléctica Piedra del Aguila, Hidroeléctica El Chocón, Hidroeléctrica Cerros Colorados, Entral Puerto, Capex und Central Térmica Alto Valle) haben gegen den Beschluss 1650/98 der Regulierungsbehörde für das Energiewesen protestiert, der dem Ferntransportunternehmen für elektrische Energie Transener eine Tariferhöhung von 24% gewährt. Dieser Beschluss ändere die Bedingungen des Konzessionsvertrages, die für 95 Jahre festgesetzt worden seien, ohne dass ein Grund dafür bestehe, Transener werde jetzt statt der U$S 75 Mio. jährlich, U$S 18 Mio. mehr erhalten und U$S 93 Mio. einnehmen. Transener hatte bei den öffentlichen Audienzen, in denen der Fall behandelt worden sei, angeführt, der ursprüngliche Tarif ergebe keine vernünftige Rentabilität, so dass er laut Vertrag geändert werden müsse. Die Unternehmen, die diesen Transportdienst beanspruchen, sind entgegengesetzter Meinung, haben jedoch die Behörden nicht überzeugt.

***

Die Zeitung „Ambito Financiero" hatte vor etwa zwei Jahren die Zeitung „Clarín" bei der Kommission zur Verteidigung der Konkurrenz angezeigt, weil diese Zeitung grossen Inserenten Rabatte von 15% gewährt, mit der Bedingung, dass sie keine Anzeigen in anderen landesweiten Tageszeitung veröffentlichen. Dieses Manöver ist vom Gesetz ausdrücklich verboten. Die Kommission hat „Ambito Financiero" recht gegeben, also „Clarín" die Anweisung erteilt, dieses Verhalten nicht mehr fortzusetzen, widrigenfalls den Verantwortlichen Haftstrafe droht. „Clarín" appellierte bei der Bundeskammer, und diese hat mit unhaltbaren Argumenten jenes Urteil aufgehoben, so dass „Clarín" sein monopolistisches Verfahren fortsetzen kann. Die Zeitung „Ambito Financiero" schreibt empört, dass „Clarín" die Richter unter Druck gesetzt hat, mit der Drohung, unangenehme Dinge aus ihrer Vergangenheit zu veröffentlichen. Wie weit sich dies beweisen lässt, sei dahingestellt. „Ambito Financiero" will jetzt den Fall vor den Obersten Gerichtshof bringen, im Rahmen eines Klagerekurses.

***

Eine Umfrage bei Immobilienmaklern ergab für Oktober 15% weniger Wohnungsverkäufe als im gleichen Vorjahresmonat.

***

Die Regierung hat das Gesetz einem Veto unterstellt, durch das die Immobilienmakler einen akademischen Grad haben müssen. In der Begründung des Vetos heisst es, dieses Gesetz widerspreche der Deregulierungspolitik der Regierung, wobei das Gesetz auch nicht bestimmte, um welche akademische Grade es sich dabei handeln soll.

***

Schatzsekretär P. Guidotti erklärte, die Regierung werde nicht gestatten, dass YPF seine eigenen Aktien kaufe, da dies die finanzielle Lage der Firma schwächen und sich negativ auf die Kurse auswirken würde.

***

Durch Rundschreiben A-2800 hat die ZB den Banken verboten, Kredite an Unternehmen und Personen zu vergeben, die mit der Bank verbunden sind. Bisher waren diese Kredite auf insgesamt 20% der Vermögensverantwortung der Bank beschränkt, bei 10% mit und 5% ohne Garantie für jeden Einzelfall.

***

Das grösste Zuckerunternehmen von Tucumán, Compañía Azucarera Concepción S.A., hat vor Gericht eine Gläubigereinberufung beantragt.

***

Durch Dekret 1322/98 (Amtsblatt vom 13.11.98) hat die Regierung das Gesetz 25.037 einem Veto unterstellt. Dieses Gesetz schafft eine Ausnahme von allen nationalen Steuern und denjenigen der Stadt Buenos Aires, für Schauspieler, Autoren, Direktoren, Verkäufer (im Zusammenhang mit Schauspielen) und spezialisierte Fachleute.

***

Durch Gesetz 25.035 (Amtsblatt vom 13.11.98) wird das Abkommen mit Brasilien genehmigt, durch das Unternehmer beider Staaten sich im Gebiet des anderen niederlassen können, um ihre Tätigkeit auszuüben, wobei nur die spezifischen Restriktionen gelten, die für bestimmte Tätigkeiten in Kraft sind, jeweils im Empfängerland. Ausgenommen sind Tätigkeiten, bei denen die Gesetzgebung des betreffenden Landes eine Sonderstellung für die Bürger desselben vorsieht.

***

Durch Dekret 1316/98 (Amtsblatt vom 13.11.98) wurde beschlossen, die Restschulden der Greco-Gruppe an eine Reihe von Unternehmen durch das Schatzamt zu zahlen, in Form von Konsolidierungsbonds in Pesos auf 16 Jahre, zum Nennwert. Die Forderungen müssen nachgewiesen und nicht verjährt sein. Die Greco-Gruppe war Ende der 70er Jahre in Mendoza auf der Grundlage einer Weinkellerei der Brüder Greco entstanden. Die Gruppe besass die Banco de los Andes, die dank Depositengarantie stark expandieren konnte, wobei sie die Kredite an die Gruppe vergab (unter falschen Namen). Als diese Schulden nicht zurückgezahlt wurden, intervenierte die ZB und deckte den Schwindel auf. Obwohl es sich eindeutig um Betrug handelte, hat die Alfonsín-Regierung 1987 ein Abkommen mit der Gruppe abgeschlossen, in der ihr bestimmte Unternehmen rückerstattet wurden und der Staat die Verantwortung für bestimmte Schulden übernahm. Im Januar 1993 hat der Staat dies dann genau festgelegt. Jetzt soll gezahlt werden, um die Fortsetzung von Prozessen zu vermeiden.

***

Sonae, die grösste portugiesische Finanzgruppe, kommt nach Argentinien. Wie ihr Präsident, B. de Azevedo, bekanntgab, hat sie vor, hier in die Erzeugung von Pressspanplatten einzusteigen und dafür eine hiesige Firma zu erwerben, wie sie es bereits in Deutschland und in Spanien durchgeführt hat.

***

Angesichts der kürzlich bei den Banken Crédito Provincial, Patricios und Mayo angezeigten Selbstkredite hat die ZB mit der Mitteilung A 2.800 verfügt, dass Finanzierungen mit oder ohne Garantie an Unternehmen oder Einzelpersonaen die der Bank verbunden sind in keinem Fall 0% des ausgewiesenen Bankvermögens überschreiten dürfen. Der Beschluss A 2.140 aus dem Jahr 1994 hatte für diese Fälle eine Obergrenze von 5% des Bankvermögens (RPC) ohne Garantiestellung und von 10% bei Garantiestellung gestattet. Ausgenommen sind Einzelpersonen, die für persönliche Bedürfnisse bis zu $ 50.000 Kredit beanspruchen dürfen.

***

E. Iglesias, Präsident der Interamerikanischen Entwicklungsbank, wird dem Vorstand derselben das Kreditgesuch der argentinschen ZB für U$S 500 Mio. mit einer günstigen Beurteilung unterbreiten. Der Kredit dient zur Stützung durch die Krise betroffener Finanzinstitute. Die Weltbank hat bereits den gleichen Betrag mit der gleichen Bestimmung bewilligt. Die Stützung erfolgt durch die ZB, die damit Devisen einnehmen kann, indem sie argentinische Staatspapiere mit einer Rückkaufverpflichtung veräussert.

***

Mit dem Dekret 1326/98 wurde das Gesetz 24.425 über Dumping reglementiert. Nun können vorbeugende Massnahmen bereits zwischen 2 und 4 Monaten nach Einleitung der Ermittlungen getroffen werden. Auch wird der Kommission für Aussenhandel und dem Unterstaatssekretariat für Aussenhandel, für die eine sie verbindende Stelle geschaffen wird, eine Frist von 200 Tagen nach Einleitung der Ermittlungen eingeräumt, um dem Industriesekretariat die Gutachten über mögliche Schäden für die heimische Industrie, Dumping oder Subventionen zu unterbreiten. Den ermittelnden Ämtern soll ausser der bisherigen Unterstützung auch Zugang zu den Preisen im Ursprungsland geschaffen werden. Diese Information ist für die Unternehmen, die Anzeige erstatten wollen,

Ende der Maul- und Klauenseuche

Prasident Menem hat das Dekret unterzeichnet, mit dem der Impfzwang gegen Maul- und Klauenseuche per 30.4.99 abgeschafft und die Impfung künftig untersagt wird. Damit rückt die Einstufung Argentiniens als Maul- und Klauenseuchefreies Land in greifbare Nähe. Die dementsprechende Bestätigung durch die OIE, der Weltbehörde für Vieherkrankungen, würde argentinischem Frischfleich formell den Zugang zu Märkten wie Japan, Mexiko und Indonesien ebnen.

Wie im Regierungsdekret angeführt wird, wurde in Argentinen seit April 1994 kein Fall von Maul- und Klauenseuche festgestellt. Auch wird auf die erfolgreiche Zusammenarbeit mit den Behörden der Anrainerstaaten hingewiesen, die wiksame Vorbeugungsmassnahmen gegen die Seuche in den Grenzgebieten ermöglicht und gefördert haben.

In den letzten zehn Jahren haben die Viehzüchter für den Kampf gegen die Maul- und Klauenseuche U$S 1,2 Mrd. ausgegeben. Die dadurch ermöglichte Erschliessung neuer Märkte sei für die Zukunft der argentinischen Viehwirtschaft vielversprechend. Die Seuche, die nicht nur Rindvieh befällt, äussert sich durch Ausschläge an Maul und Klauen, die die Nahrungsmittelaufnahme und die Beweglichkeit des Viehs beeinträchtigen. Die dadurch entstehenden Verluste sind bedeutend. Das Dekret untersagt ab 30.4.99 die Impfung und die Einfuhr geimpften Viehs. Seucheverdächtige Tiere dürfen nur mit amtlichen Bescheinigungen bewegt werden, die nur ausgestellt werden, nachdem die Erfüllung aller Vorschriften der Senasa (Servicio Nacional de Sanidad y Calidad Agroalimentaria) amtich festgestellt wurde. Rinder, die von einer Versteigerung oder einer anderen Ansammlung weiter befördert werden, müssen über eine amtliche sanitäre Bescheinigung verfügen. Die Senasa wird ermächtigt, Erweiterungen der Schutzbestimmungen vorzunehmen.

Argentinien wurde 1930 zum Land mit Maul- und klauenseuche erklärt. Seit damals wird ununterbrochen und durch Jahrzehnte erfolglos, gegen diese Geissel der Viehwirtschaft gekämpft. Zu dem mit harten Opfern und zäher Arbeit errungenem Erfolg erklärte Senasapräsident Barcos, sobald wider Erwarten neuerdings ein Verdacht entstehen würde, würde das betroffene Vieh sofort notgeschlachtet werden. Für seine Tätigkeit verfüge die Senasa über ein Jahresbudget von $ 6 Mio. und einen internationalen Kredit von U$S 14,7 Mio. für 4 Jahre.

Argentinischer Aussenhandel

	Ausfuhren		Einfuhren		Saldo	
1997						
August	2.323	(2.270)	2.694	(2.308)	-345	(-38)
September	2.296	(1.943)	2.767	(1.981)	-493	(-38)
9. Mon. '97	**19.982**	**(19.596)**	**22.208**	**(23.444)**	**-2.226**	**(-3.848)**
Oktober	2.365	(2.074)	2.836	(2.294)	-479	(-220)
November	2.015	(1.918)	2.799	(2.099)	-798	(-181)
Dezember	2,008	(2.037)	2.607	(2.078)	-609	(-41)
Total 1997	**25.273**	**(23.811)**	**30.450**	**(23.762)**	**-4.178**	**(49)**
1998						
Januar	1.784	(1.859)	2.549	(2.333)	-765	(-438)
Februar	1.877	(1.884)	2.262	(2.027)	-385	(-134)
März	2.226	(1.993)	2.671	(2.133)	-445	(-140)
April	2.491	(2.418)	2.765	(2.529)	-274	(-111)
Mai	2.563	(2.534)	2.555	(2.544)	8	(-10)
Juni	2.585	(2.250)	2.823	(2.447)	-238	(-187)
Juli	2.310	(2.346)	3.023	(2.737)	-713	(-388)
August	2.178	(2.349)	2.778	(2.694)	-591	(-345)
September	2.121	(2.274)	2.674	(2.767)	-553	(-493)
8 Mon. '98	**18.064**	**(17.704)**	**21.459**	**(19.441)**	**-3.395**	**(-1.737)**

Quelle: Indec, vorläufige Ausgaben in Mio. U$S ( )=Vorjahr

Neue Steuermassnahmen

Carlos Silvani, Direktor des Amtes für Öffentliche Einnahmen (AFIP) das die Steuerdirektion DGI und das Zollwesen zusammenfasst, erklärte, dass die Steuerpflichtigen in Argentinien jährlich $ 15 Mrd. hinterziehen, was 4,5% des Bruttoinlandproduktes entspreche. Der Betrag sei bedeutend. Dennoch sei bei der Hinterziehung eine Besserung zu verzeichnen. Die Zahlungsverzögerungen hingegen nehmen zu und zwar in dem Ausmass, in dem die internationale Finanzkrise die Banken veranlasst hat, Krediteinschränkungen zu verfügen.

Die Steuerhinterziehung habe 1989 noch 78% betragen, erläuterte Silvani im Rundfunk. Derzeit betrage sie 40%, was den genannten Betrag von $ 15 Mrd. ausmache. Nach Rückgängen der Steuereinnahmen durch fünf Monate in Folge beginnt das Amt für Öffentliche Einnahmen Gegenmassnahmen umzusetzen. Sein Beschluss AFIP 252 verfügt, dass ab 1.12.98 die Verzugszinsen auf Steuerschulden im Rahmen von Zahlungserleichterungs-Plänen von monatlich 1% auf 1,5% und von 1,25% auf 1,875% angehoben werden. Zusätzlich müssen ab Dezember Anwärter auf neue Zahlungserleichterungspläne oder auf die Wiederaufnahme nichterfüllter Zahlungspläne statt wie bisher 2% der Steuerschuld, nun 5% bar anzahlen.

Der monatliche Zinssatz von 1,5% wird bei bis zu 12 Monate alten Steuerschulden angewendet, die in bis zu 12 Raten bezahlt werden; der monatliche Zinssatz von 1,125% bei Steuerschulden die 12 bis 30 Monate alt sind und in bis zu 30 Raten beglichen werden. 30 bis 48 Monate alte Steuerschulden werden mit 0,75% im Monat belastet und noch ältere mit 0,375%. Der Zinssatz von 1,875% wird auf Steuerschulden ohne Garantiestellung erhoben.

Der Rückgang der Hinterziehung sei auch daran zu erkennen, dass in diesem Jahr bereits um $ 2 Mrd. mehr Steuern als im Vorjahr eingenommen wurden. Es sei gelungen, drei Unternehmergruppen der Fleischbranche, die dem Staat einen schweren finanziellen Schaden zugefügt hatten, zu zerschlagen. Es handle sich um die Gruppen Samid, Soma und Guerra. Gegen alle drei laufen Prozesse, mehrere Mitglieder derselben befänden sich in bereits Haft, womit ihrer Tätigkeit ein Riegel vorgeschoben wurde.

Gegen Ende nächsten Jahres würden bereits alle Ladengeschäfte Registrierkassen mit zugriffsicheren Speichern für die Steuerkontrolle aufgestellt haben. Derzeit seien bereits rd. 50.000 dieser Registrierkassen in Betrieb.

am schwersten zu beschaffen.

***

Das Industriesekretariat gab bekannt, dass die Industrieproduktion im Oktober, im Vorjahresvergleich, allgemein einen Rückgang verzeichnete. Kfz gingen um 26,8%, Stahl 6%, Zement 0,8% und Aluminium 6,4% zurück. Hingegen nahm der Stromverbrauch der Industrie im selben Vorjahresvergleich um 5,7% zu, der Gasverbrauch um 1,4%. Der Vorjahresvergleich des 3. Quartals ergibt für die Hälfte der Industrien eine Zunahme von 7,5%, für die andere einen Rückgang von 8,5%.

***

Telefónica de Argentina hat im Vorjahr $ 510,9 Mio. verdient , um 7,8% mehr als 1996 und Telecom $ 373,7 Mio. um 21,8% mehr als 1996. Die Zunahme sei auf die Erweiterung der Zellulartelefonie, jedoch auch auf eine Zunahme bei den Festanschlüssen zurückzuführen. Telefónica vezeichnete um 5,5% mehr Festanschlüsse und um 33,1% mehr Zellulartelefone, mit 7% weniger Personal. Telecom meldete um 5% mehr Kunden.

***

Die Atacama Erdgasleitung von der Provinz Salta nach Chile wird den Betrieb in den ersten Märztagen aufnehmen, wie F. Mezzadri, CMS Energy Direktor für Lateinamerika, bekanntgab.

Entwicklung der Währungsreserven der Zentralbank

(in Milliarden Pesos)

	18.9.98	28.9.98	05.10.98	09.10.98	19.10.98	22.10.98	2.11.98	9.11.98
Gold, Devisen u. Anlagen	23,95	24,32	23,51	23,77	23,70	23,83	23,03	23,33
Staatspapiere	1,53	1,56	1,48	1,47	1,49	1,60	1,66	1,67
Internat. Reserven ZB	25,48	25,88	24,99	25,24	25,19	25,43	24,69	25,00
Liquiditäts-Rückstellungen (Com. A. 2350)	7,04	6,85	7,71	7,45	6,96	6,81	7,25	6,89
Währungsreserven des Finanzsystems	35,52	32,74	32,70	32,69	32,16	32,24	31,94	31,90
Notenumlauf	14,68	14,28	14,85	15,10	14,55	14,26	14,50	15,03
Bankdep. in Dollar bei ZB	0,04	0,01	0,02	0,03	0,06	0,05	0,02	0,03
Monetäre Passiven	14,72	14,28	14,87	15,13	14,61	14,30	14,52	15,06
Nettosaldo Swaps	8,91	9,70	8,24	8,21	8,63	9,17	8,37	8,12
Depositen der Regierung	0,55	0,94	0,24	0,29	0,36	0,30	0,52	0,66
Finanzpassiven	23,63	23,98	23,11	23,34	23,24	23,47	22,90	23,19

Quelle: Zentralbank